Posener Tageblatt

Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,36 zł, Ausland 3 Rm einschl. Postgebühren. **Einzelnummer 0,25 zł, mit illustr. Beilage 0,40 zł**
Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr. im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild" | „Die Welt der Frau" | Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde"

68. Jahrgang | Sonnabend, den 5. Januar 1929 | Nr. 4

Um die Auslandspässe.

Eine Gesetzesvorlage des deutschen Sejmklubs.

Warschau, 4. Januar. (Eig. Telegr.).

Die deutsche Fraktion hat einen neuen Gesetzentwurf hinsichtlich der Ermäßigung der Paßkosten eingebracht. Zum ersten Mal geschieht es, daß ein deutscher Antrag einheitlich von der polnischen Presse besprochen wird. Die Paßkosten betragen gegenwärtig 250 Złoty, und nur in ganz besonderen Fällen ist es möglich, einen billigeren Paß zu erhalten. Der Vorschlag, der vom Abgeordneten Piesch in Vertretung der deutschen Gruppe gemacht wurde, enthält die Forderung, daß die Kosten für einen Auslandspaß auf 10 Schweizer Franken herabgesetzt werden und, falls Vermögenslosigkeit vorliegt, sogar auf 1 Schweizer Franken. Für Arbeiter und solche Personen, die zu Verdienstzwecken sich ins Ausland begeben wollen, soll die Erteilung des Passes kostenlos sein. — Der Finanzminister widersetzt sich diesem Projekte, aber es ist auch zweifelhaft, ob das Projekt, eine Verbilligung der Pässe herbeizuführen, im Sejm eine Mehrheit finden wird.

Der Pakt und Rumänien.

Bukarest, 4. Januar. (Pat.) Der rumänische Minister Mironescu hat einem Vertreter des Blattes „Cuvantul" folgendes erklärt: Die rumänische Regierung beabsichtigt nicht, neue Vorschläge über einen Nichtangriffspakt der Sowjetregierung zu unterbreiten. Meine Vorgänger haben den Sowjets dreimal solche Vorschläge gemacht; aber keine Antwort erhalten. Rumänien ist bereit, jeden Vorschlag anzunehmen, der im Einklang steht mit der Respektierung der gegenwärtigen Grenzen, und der die Möglichkeit unabhängiger innerer Entwicklung sichert.

Vorbehaltlose Zustimmung Litauens.

Kowno, 4. Januar. (Pat.) Die „Elite" veröffentlicht folgendes Kommunikat: Im Zusammenhang mit dem Sowjetvorschlag, zwischen Polen und Rußland ein Protokoll über das sofortige Inkrafttreten des Kelloggpaktes zu unterzeichnen, ist die litauische Telegraphenagentur ermächtigt, festzustellen, daß die litauische Regierung unter Vermittlung ihres Moskauer Vertreters Baltrušajtis eine Abschrift erhalten hat. Die litauische Regierung hat von dem Protokollentwurf Kenntnis genommen, begrüßt die Idee der Erfüllung des Kelloggpaktes im Rahmen eines Sonderabkommens und hat beschlossen, sich dem Protokoll anzuschließen und die Baltenstaaten aufzufordern, ihre Teilnahme nicht zu versagen.

Die Rückkehr Bartels.

Warschau, 4. Januar. Heute kehrt der Premier Bartel von seinem Urlaub zurück. Er verbrachte seinen Festurlaub im Semmering bei Wien.

Tages-Spiegel.

Der Abtransport der Frauen und Kinder aus den Gesandtschaften in Kabul ist jetzt beendet.

*

110 Todesopfer hat die nunmehr erloschene Typhusepidemie in Lyon gefordert.

*

An der algierischen Küste wurden die Trümmer eines seit drei Tagen vermißten spanischen Marineflugzeuges, das 4 Mann an Bord gehabt hatte, ohne Insassen gefunden.

*

Für die Kolmarer Ersatzwahl wurde der Buchdruckereibesitzer Hauß, der im Kolmarer Prozeß ebenfalls freigesprochen war, von den Autonomisten als Kandidat aufgestellt.

*

An den Balearen ist der französische Dampfer „Malakoff" gestrandet und wird als verloren angesehen. Nur einige Personen konnten sich retten.

*

Durch eine Benzinexplosion in Hüttigweiler im Saargebiet, erlitten 4 Personen schwere Verletzungen.

*

Senator Borah legte im amerikanischen Senat die Bedeutung des Kelloggpaktes dar und betonte, daß er nichts an der traditionellen Politik Amerikas ändere

Politischer Mord.

Von der Parteien Haß. — Schüsse im Magistrat zu Petrikau.

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 4. Januar.

In der Stadt Piotrków (Petrikau bei Lodz) ist ein widerlicher Mord aus politischen Gründen verübt worden. Es handelt sich hier um den Haß, der zwischen der neu gebildeten sog. revolutionär-sozialistischen Partei (B. B. S.) und der großen alten Sozialistenpartei (P. P. S.) besteht. Der Vorgang war folgender:

Gestern kam in das Büro des Magistrats ein gewisser Kajzdiński, einer der eifrigsten Werber für die abgesplitterte kleine sozialistische Gruppe, und verlangte den Bürgermeister zu sprechen. Als er hörte, daß der Bürgermeister im Gespräch mit einem anderen Herrn begriffen sei, ging er in das Vorzimmer, wo der Sozialist Jaszkowski amtierte. Auch Jaszkowski war im Gespräch mit einem anderen Beamten, weshalb Kajdziński wiederum in das Büro des Magistrats zurückkehren wollte. Aber plötzlich, als Jaszkowski von dem anderen Beamten verlassen wurde, kehrte Kajdziński wieder in das Zimmer zurück, und kurz darauf hörte man drei Schüsse knallen. Kajdziński stürzte in das Zimmer des Bürgermeisters, wobei er den noch rauchenden Revolver in der Hand hielt, und rief ihm zu: „Machen Sie, daß Sie fortkommen, ich schieße!" Obwohl der Bürgermeister, der ebenfalls Sozialist ist, einen verstauchten Fuß hatte, suchte er eilig das Zimmer zu verlassen, aber schon fiel wieder ein Schuß, der jedoch lediglich durch den Mantel des Bürgermeisters ging.

Als Kajdziński verhaftet wurde, sagte er offen heraus, er habe die Schüsse abgegeben, da dies die Tradition der revolutionären sozialistischen Partei sei, und allen, die Polen wirklich liebten, müsse es darum gehen, die sozialistische Partei gründlich zu reinigen.

Jaszkowski war sofort tot. Das ganze Verhalten Kajdzińskis machte einen äußerst wirren Eindruck. Die Aerzte erklären jedoch, daß es sich um einen völlig normalen Menschen handle. Angeblich soll Jaszkowski mit dem Verlust seiner Stellung bedroht worden sein und habe deshalb die Fassung verloren. Das sozialistische Blatt „Robotnik", das heute mit Ruhe und Zurückhaltung diesen traurigen Fall bespricht, sagt, es habe keineswegs die Absicht, die Gruppe der revolutionären Sozialisten für diese Tat verantwortlich zu machen, aber man dürfte nicht verhehlen, daß der Mord eine Folge des Hasses sei, der zwischen den Parteien bestände, und ebenso eine Folge der straflosen Ueberfälle, die sich Gruppen von 10 bis 12 Personen auf einzelne Sozialisten erlaubten, wobei selbst Frauen geschlagen wurden. Wenn solche Ueberfälle straflos blieben, dann sei es kein Wunder, wenn es schließlich auch zu Schüssen käme.

Dieser Vorfall, der wieder einmal deutlich das Laster der Parteileidenschaft zeigt, wird von allen Blättern ausführlich besprochen und machte allgemein den tiefsten Eindruck.

Rußlands Note und eine Gegenrechnung.

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 4. Januar.

Bisher hat eine amtliche Stellungnahme zu dem russischen Angebot, den Kelloggpakt zwischen Polen und Rußland in Kraft treten zu lassen, noch nicht stattgefunden. Heute äußert sich die amtliche polnische Presseagentur, und zwar in einer Weise, die wohl kaum in Rußland große Freude hervorrufen wird. Die Aeußerung erwähnt lediglich die Tatsache der Ueberreichung der Note, und ohne irgendwelche Stellung zu nehmen, rechnet die Erklärung aus, was Rußland alles an Polen schuldig sei, und was Rußland zu zahlen vergessen habe. Hierzu kommen in erster Linie 30 Millionen Goldrubel, die Sowjetrußland für Polen abgenommene Ländereien schulde, sowie das Erträgnis dieser Ländereien, das der russische Staatsschatz in seine eigene Tasche gesteckt hat. Das Erträgnis aus diesen Ländereien in den Jahren 1908—1913 wird auf 104 Millionen Goldrubel beziffert. Hierzu kommen noch zwei nicht bezahlte Raten für polnisches Eisenbahnmaterial, das die Russen weggenommen hatten, und diese zwei Raten ergeben den Betrag von 20 Millionen Rubel. Ferner hat die russische Regierung 200 Millionen Goldrubel zu zahlen für Sparkassenbücher, die bei der Verschleppung den kleinen Sparern weggenommen worden sind, und die häufig genug ihr ganzes Vermögen gewesen waren. Dann schuldet die Sowjetregierung 150 Millionen Goldrubel als Ersatz für wertlos gewordene russische Wertpapiere, Bodenpfandbriefe und Eisenbahnobligationen. Das macht insgesamt 400 Millionen Goldrubel oder 750 Millionen Złoty aus. Wenn man in Betracht zieht, daß das russische Budget 7 Milliarden Rubel beträgt, so seien 400 Millionen Rubel eine verhältnismäßig kleine Summe, die Rußland leicht bezahlen könne.

Nun wird man erwarten dürfen, welches Echo die Aufstellung dieser Rechnung in Rußland hervorrufen wird. Man kann schon im voraus sagen, daß die Antwort, die man in Rußland finden wird, keineswegs sehr erfreulich lauten wird. Inzwischen werden im Außenministerium die Beratungen über die Antwort fortgesetzt, und wenn man sich noch mit Piłsudski, der jetzt leidend ist, darüber ins Einvernehmen setzen will, so wird die Festlegung der Antwort noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Senator Borah über den Kelloggpakt.

Washington, 4. Januar. (R.) Nachdem Hale seine Rede zur Kreuzervorlage im Senat mit einigen Worten über den Kelloggpakt geschlossen hatte, dessen Annahme er empfehle, dessen Inkrafttreten aber Rüstung zu Verteidigungszwecken nicht entbehrlich mache, legte Senator Borah Wesen und Bedeutung des Kelloggpaktes dar. Er wandte sich gegen die zwei am meisten erhobenen Vorwürfe der Paktgegner. Der erste Vorwurf lautet dahin, daß die Noten Englands und anderer Mächte den Vertrag mit Vorbehalten belasten und Amerika daher ebenfalls Vorbehalte über seine Fernhaltung von den Pflichten des Völkerbundes und über die Unantastbarkeit der Monroedoktrin beschließen solle. Borah entgegnete, daß auch Amerika genau wie England, Deutschland und die anderen Mächte das Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch nehme, daß England bezüglich seiner Interessensphären lediglich dieses Recht betont habe, und daß die Monroedoktrin als ein wichtiges Mittel der amerikanischen Selbstverteidigung durch den Vertrag auch ohne besondere Erwähnung ebenfalls nicht berührt werde. Der zweite Einwand behauptet, daß der Vertrag Amerika zur Teilnahme an Sanktionen oder wenigstens zur Anerkennung von Blockaden, die der Völkerbund durchführe, verpflichte. Auch dies verneinte Borah, der Vertrag ändere nichts an Amerikas traditioneller Politik. Ein Staat, der Art. 2 verstoße, werde künftig seinen guten Glauben behaupten oder sein Verhalten als Selbstverteidigung darstellen können, und allmählich werde eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden, in der die Abrüstung möglich sei. Bis dahin sei auch er für eine angemessene Flotte. Nach längerer Debatte wurde die Beratung auf morgen vertagt.

Springflut in Japan.

Viele Todesopfer.

Nach aus Tokio vorliegenden Meldungen hat eine Springflut in der Umgebung der Hafenstadt Niigata gewaltigen Schaden angerichtet. Zahlreiche Ortschaften sind von den Wassermassen überflutet. Hunderte von Häusern, deren Fundamente unterspült wurden, sind eingestürzt und haben die Bewohner unter sich begraben. Das Land steht kilometerweit unter Wasser. Bis jetzt wird die Zahl der Todesopfer mit 56 angegeben.

An der ganzen Nordwestküste wüteten heftige Stürme, die zahlreiche Schiffsunfälle herbeiführten. Der Dampfer „Toyotomi Maru" geriet in einen Orkan, wurde leckgeschlagen und ging unter. Von der 35 Mann starken Besatzung konnten nur vier in halberstarrtem Zustande von einem zur Hilfe herbeigeeilten Dampfer aus dem Wasser aufgefischt werden; die übrigen sind vermutlich ertrunken oder erfroren.

Moskauer Nöte.

Von Axel Schmidt.

Die bevorstehenden Wahlen zu den Sowjets sind in vollem Gange. Der Gegensatz zwischen Kommunisten und Bauern ist noch nie so scharf hervorgetreten, wie dieses Mal. Besonders regt sich die Sowjetpresse darüber auf, daß nicht nur die Großbauern (Kulak), sondern auch die mittleren und die armen Bauern sich mehr und mehr gegen das kommunistische Regime zusammenschließen. Sie stellen gemeinsame Kandidaten auf, die vom Kommunismus nichts wissen wollen.

Die Erbitterung der dörflichen Bevölkerung über den politischen und wirtschaftlichen Terror der Sowjetregierung ist so groß, daß sie sich in Brandstiftungen von kommunistischen Lesehallen oder Klubs in den Dörfern und von Gebäuden der staatlichen Güter Luft macht. Allein in den letzten zwei Tagen meldeten bolschewistische Zeitungen aus Großrußland drei Morde von Kommunisten in den Dörfern, aus der Ukraine weitere drei und aus dem Kaukasus vier. Die Zahl der Brandstiftungen ist kaum zu zählen.

Noch bedeutsamer ist es, daß die Bolschewisten jetzt eingestehen, im Dorfe werde eine heftige und systematische Agitation betrieben, um bei den Wahlen antikommunistische Kandidaten durchzubringen. So klagt z. B. die Zeitung „Rab. Moskwy", daß die Bauern in Großrußland emsig gegen die hohen Agrarsteuern und die Politik der Industralisierung agitieren. Ein anderer Dorfkorrespondent berichtet, die Bauern fingen an, eigene Versammlungen einzuberufen, in denen sie ihre eigenen Kandidaten aufstellten und sich gegen den Verkauf von Getreide an die Regierung aussprachen. Nicht besser steht es im Kaukasus. Der „Prawda" ist zu entnehmen, daß die dortigen Kosaken nur für solche Kandidaten eintreten, die „in der zarischen Armee Rang und Orden erworben hätten". Und die „Wlast Truda" meldet, daß zu Kandidaten nur Personen bestimmt werden, die sich feindlich zum bolschewistischen Regime stellen. Ein weiterer Korrespondent meldet, daß die Wahlagitation unter der Losung betrieben wird: Zusammenschluß um die christliche Kirche gegen deren Bedrücker.

In der Ukraine ist der Gegensatz zum Kommunismus noch stärker, da dort die nationalukrainische Bewegung auch unter den Kommunisten immer mehr zunimmt, und sogar in Sibirien ist die Antisowjet-Bewegung nicht gering. Von dort melden die Moskauer Blätter, daß die Bauern zu Kandidaten frühere Offiziere und Geistliche ausersehen haben. Gerade in Sibirien muß diese Bewegung in letzter Zeit nicht geringe Fortschritte gemacht haben. Hat doch die Moskauer Regierung den Volkskommissar Lunatscharski nach Sibirien gesandt, um, wie dieser sich ausdrückte, „das gesunkene Prestige" des bolschewistischen Regimes wieder aufzurichten und die Vormachtstellung der Kulaki zu brechen".

Nicht nur in der Presse wird die Stellung der Bauern zur Regierung erörtert, auch auf den vielen Tagungen spielt dieses Problem eine nicht unbeträchtliche Rolle. Sehr viel Beachtung finden die Ausführungen des Präsidenten der Sowjetunion, Kalinin, der, selbst aus dem Bauernstand hervorgegangen, stets für die bäuerlichen Fragen gewisses Verständnis zeigte. Mit Trauer konstatierte er, daß alle Versuche der Sowjetregierung, die arme Bauernschaft gegen die Kulaki aufzustacheln, mißlungen seien. Im Gegenteil.

die gesamte Bauernschaft schlösse sich immer mehr gegen den Kommunismus zusammen. Die Ursache dieser Entwicklung sei, daß der Großbauer den mittleren und armen Bauern nach Möglichkeit beistehe. Mit Erbitterung stellt Kalinin fest, daß die armen Bauern den in die Dörfer gesandten Sowjetvertretern erklärt hätten: „Von den Kulaki erhalten wir doch hin und wieder noch etwas, von den Bolschewisten aber nichts. Warum sollen wir uns, wegen leerer Versprechungen der Sowjetregierung, mit den Kulaki überwerfen?“ „So lange“ — so schloß Kalinin seine Ausführungen — „als es uns nicht gelingt, die Freundschaft zwischen den Klassen im Dorfe zu zerreißen, kann die Regierung nicht auf die Hilfe der Bauern rechnen.“

Wie ernst die Moskauer Regierung diese Bewegung bewertet, erhellt aus der Tatsache, daß sie eine Konferenz der 600 Leiter der Wahlkampagne einberief. Auf dieser wurde eine lange Liste derjenigen verlesen, die bei der Wahlagitation im Kampfe gegen die Bauern gefallen sind. Der wieder in Gnaden aufgenommene Sinowjew machte den Vorschlag, aus den armen Bauern eine Wahlarmee von 2—3 Millionen zu bilden, die gegen die Kulaki eingesetzt werden könnte. Dieser Antrag aber wurde mit großer Skepsis aufgenommen, da man allgemein annimmt, daß die Front der Bauern nicht zu sprengen sein werde. Dieser Pessimismus stützt sich auf die Tatsache, daß ein Versuch Kalinins, die bisherigen bäuerlichen Vertreter im Wzik (Ersatzparlament) zu beeinflussen, scheiterte. Auf einer privaten Beratung, zu der Kalinin kürzlich die bäuerlichen Vertreter des Wzik versammelte, sprachen sich alle Bauern, besonders die Kosaken, viel offener aus, als auf offiziellen Sitzungen. Einstimmig wurde die Regierung scharf kritisiert. Man erklärte, aß die Lage im Dorf unerträglich sei, da die örtlichen Behörden unter der Flagge des Kampfes mit den Kulaki die gesamte Wirtschaft des Bauerntums zerstörten. Was unter dem Schlagwort Kulaki zu verstehen sei, weiß niemand, und durch die Willkür der örtlichen Administration wird es gänzlich verschieden ausgelegt. Ebenso ungünstig wurde die Politik des Finanzkommissars und der Handelskommissare beurteilt. Dem Finanzamt wurde der unbarmherzige Steuerdruck, dem Handelsamt seine Unfähigkeit, das Dorf mit den nötigen Waren zu versehen, vorgeworfen. Die Vertreter aus den Mißwachs-Distrikten wiesen darauf hin, daß die Hungersnot zunehme und daß die versprochene Lebensmittelzufuhr bisher nur auf dem Papier stände.

Noch ist die Bauernbewegung nicht zentral geleitet, sondern örtlich und spontan entstanden. Trotzdem macht sie dem bolschewistischen Regime schwere Sorgen. Freilich wäre es eine Verkennung der Mentalität von Stalin und Genossen anzunehmen, sie würden bei einem schlechten Ausfall der Wahlen zurücktreten. Von allem anderen abgesehen, kennt auch die Sowjetverfassung kein Mißtrauensvotum. Das Ersatzparlament (Wzik) dient nur als Kulisse für die Parteileitung, um hinter ihr ihre Machtpolitik durchführen zu können. Sollten sich dieses Mal zu viel nichtkommunistische Elemente im Wzik einfinden, so dürften in den Gebieten, die am meisten konterrevolutionäre Vertreter wählten, „bessere Wahlen“ nochmals vorgenommen werden. Solche Teilauflösungen hat es schon mehrfach gegeben, und mit ihnen hat noch vor kurzem Stalin gedroht. Man muß sich vor Augen halten, daß die Moskauer Machthaber ihre Position niemals freiwillig räumen, sondern nur der Gewalt weichen werden. So lange das rote Heer zu ihnen steht, sind sie die Stärkeren.

Zusammenarbeit der Jugend.

London, 4. Januar. (R.) Für eine Zusammenarbeit der Jugend aller Länder sprach sich die Vereinigung englischer Schuldirektoren auf ihrer jetzt in London abgehaltenen Konferenz aus. Die Entschließung betont, daß diese Zusammenarbeit im Interesse der Zivilisation unbedingt notwendig sei. Der deutsche Botschafter Sthamer, der auf Einladung der Sitzung beiwohnte, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß diese Entschließung von größter Wichtigkeit sei und ihre Wirkung sich in weiten Kreisen bemerkbar machen werde. Durch Mangel an gegenseitigem Verständnis und Gedankenaustausch sei ein Bruch herbeigeführt worden, der die deutsche und die englische Nation auseinandergerissen habe. Wenn diese Verbindung wieder hergestellt werde, könnten weitreichende Wirkungen erzielt werden.

Aerzte und Krankenkasse.

Posen, 4. Januar.

Der **„Kurjer Poznański“** schreibt zum Konflikt zwischen dem Aerzteverband und dem Bezirksverband der Krankenkassen:

„Der Bezirksverband der Krankenkassen schickt uns ein Kommunikat über seinen Konflikt mit dem Westpolnischen Aerzteverband. Das Kommunikat versucht natürlich, die ganze Schuld auf den Aerzteverband zu schieben. Sehen wir uns einmal die Argumente des Bezirksverbandes der Krankenkassen vom allgemein sozialen Standpunkt an. Der Bezirksverband der Krankenkassen wirft dem Aerzteverband vor, daß er mit unerhört hohen Forderungen bezüglich der ärztlichen Honorarien komme. Die Kassen sollten den Aerzten 30 bis 35 Prozent ihrer Einnahmen zahlen, und deshalb müßten die Versicherungsbeiträge mindestens um 20 Prozent erhöht werden. **Wir erwähnen hier, daß die Krankenkassen vor dem 1. Januar den Aerzten durchschnittlich 17 Prozent ihrer Einnahmen zahlten. Es ist tendenziös, der Oeffentlichkeit zu suggerieren, daß es dem Aerzteverband vor allem um die Frage der Honorare ginge,** und daß er aus jenen 30 bis 35 Prozent einen „casus belli“ mache. Haben doch vor kurzem auf einer Pressekonferenz Vertreter des Bezirksverbandes der Krankenkassen auf eine diesbezügliche Interpellation die ausdrückliche Antwort gegeben, daß die Angelegenheit der Honorare **nicht die entscheidende Rolle spiele.** Wenn der Aerzteverband von 30 bis 35 Prozent der Einnahmen der Krankenkassen sprach, so heißt das nicht, daß er beabsichtigte, an einer unbedingten Erfüllung dieser Bedingung sein Verhältnis zu den Krankenkassen zu zerschlagen. Es werden gewöhnlich größere Forderungen gestellt, damit für Zugeständnisse Raum bleibt. Wir müssen aber feststellen, **daß die bisherigen Aerztehonorare unhaltbar sind.** Es liegt auch im Interesse der Versicherten, daß der Arzt mehr erhält, als durchschnittlich 1 Zloty für eine Konsultation, damit die Behandlung möglichst sorgfältig sei. Das Wohl der Versicherten verlangt ferner, daß die Honorare aus dem Titel von Ersparnissen erhöht werden, die bei der verschwenderischen Verwaltung der Krankenkassen gemacht worden sind.

Das Kommunikat des Bezirksverbandes der Krankenkassen spricht von der angeblichen Notwendigkeit, die Versicherungsbeiträge erhöhen zu müssen, **die Versicherten verlangen aber etwas anderes, daß es nämlich in den Krankenkassen nicht soviel besoldete Agitatoren des Sozialismus geben soll. Der Hauptgegenstand des Konflikts ist das Ambulanzsystem, das der Bezirksverband der Krankenkassen Posen und Pommerellen nach dem Muster anderer Wojewodschaften aufzwingen will.** Das soll dem Versicherten zum Heile gereichen. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß dort, wo Ambulanzen bestehen, die **Heilbehandlung der Versicherten gerade auf niedrigerer Stufe steht.** als bei uns, wo bisher mit geringen Ausnahmen das System der sogenannten Kabinettsbehandlung angewandt worden ist.

Ueber das hiesige Dentistenambulatorium der Krankenkasse werden z. B. bittere Klagen der Versicherten laut. Sie wollen lieber Privatdentisten aufsuchen und ihnen die entsprechenden Honorare zahlen, als sich dort behandeln zu lassen. Das wahre Interesse des Versicherten verlangt, daß er sich **den Arzt frei wählen kann, zu dem er persönliches Vertrauen hat, der in seiner Nähe wohnt, und bei dem er nicht stundenlang zu warten braucht, wie das in den Ambulatorien der Fall ist.** Daß aber die Aerzte gegen das Ambulanzsystem sind, ist mehr, als begreiflich: **Sie wollen nicht, daß aus ihnen Beamte der Krankenkassen gemacht werden, sie wollen vielmehr Ausübende eines freien Berufes bleiben.**

Das ist nicht nur eine Frage des ärztlichen Standes, sondern ein Problem von weittragender sozialer Bedeutung. Die Krankenkassen wollen einfach die Zahl ihrer Beamten um abhängige Aerzte vermehren. Das ist der Kern der Frage, von dem keine demagogischen Aufrufe, in denen der Bezirksverband der Krankenkassen im Namen der Versicherten zu sprechen sucht, ablenken können. Es ist klar, weshalb der Bezirksverband der Krankenkassen Aerzte außerhalb des Aerzteverbandes Westpolens unbedingt engagieren will, obwohl es ein rückständiger und antisozialer Standpunkt ist. Die Krankenkassen sind überzeugt, daß die Aerzte als Einzelpersonen leichter ihren Willen und der Rolle von Beamten der Krankenkasse dienstbar gemacht werden könnten, als organisierte Aerzte. Das wäre zugleich eine Wegbereitung für Aerzte vom Zeichen „roter Apostel“. Das liegt im Interesse derjenigen, die aus den Krankenkassen eine Werkstatt sozialistischer Propaganda machen, widerspricht aber dem Wohl der Versicherten, dem Wohl der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, und es **widerspricht der Volksgesundheit, die energisch verteidigt werden muß.**“

*

Der Artikel im „Kurjer Poznański“ kann von **uns vollkommen mit unterschrieben werden.** Zunächst ist einmal zu sagen: Es handelt sich um keinen „Streik“ der Aerzte, wie irrtümlich behauptet wird, denn die Aerzte behandeln nach wie vor die Kranken und haben nie mit einer Behandlungsverweigerung gedroht. Es besteht lediglich ein vertragsloser Zustand mit der Krankenkasse. Bei dem ganzen Streit wird in diesem Falle die Oeffentlichkeit durchaus der Krankenkasse entgegen stehen und für die Aerzte Partei ergreifen. Es haben sich in der Krankenkasse Zustände herausentwickelt, die nachgerade untragbar geworden sind. Die ganze unangenehme Entwicklung fing bereits mit der Gründung der Kassenapotheken an, und durch die Einführung der Ambulatorien ist geradezu eine tiefgehende Erregung durch die Bevölkerung gegangen. Es ist heute praktisch so (z. B. wenn ein Kassenmitglied sich seine Zähne in Ordnung bringen lassen will), daß er das Ambulatorium aufsuchen muß, wo er dann oft stundenlang warten muß, um schließlich nach viel versäumter Zeit in die Hände eines vielbeschäftigten und nervösen Dentisten zu geraten, der die Arbeit einfach nicht mehr leisten kann und den Kranken dementsprechend behandelt. Es ist heute tatsächlich so, daß man zu dieser Einrichtung kaum noch Vertrauen hat und die Privatbehandlung vorzieht, wenn sie auch noch so teuer ist.

Es ist ein unhaltbarer Zustand eingetreten, und es liegt im Interesse unseres sozialen Fortschritts, daß in diesem Falle die Oeffentlichkeit geschlossen hinter den Aerzten steht und mit aller Energie gegen die Kasse Stellung nimmt. Durchhalten ist in diesem Falle die einzige Medizin, die den Mitgliedern der Kasse zu Gute kommen wird. Es ist zwar sehr traurig, daß viele Kranke jetzt darunter leiden müssen, aber die Verantwortung dafür trägt die Kasse allein. In Bromberg hat gestern eine Sitzung der Aerzte stattgefunden, zu der auch die Presse eingeladen worden war, und dabei ist der Oeffentlichkeit zur Kenntnis gelangt, daß auch der Herr Wojewode auf der Seite der Aerzte steht. In der Krankenkasse herrscht jetzt ein System der Beamtenherrschaft, das man geradezu mit Paschatum bezeichnen muß. Es wird nicht ausbleiben, daß dieses System, alles zu kasernieren, vollkommen versagen muß, denn das wichtigste Recht, was dem Krankenkassenmitglied zusteht, ist, sich den Arzt selber zu wählen. Krankheiten heilt man nicht, wenn der kommandierende Krankenkassengeneral „stillgestanden“ ruft, sondern, wenn das Vertrauen zwischen Patient und Arzt vorhanden ist. Und dies Vertrauen kann nur bei der freien Arztwahl vorhanden sein.

Deutschlands Recht auf Räumung.

Gilbert hat Deutschlands guten Willen anerkannt.

Alle Meldungen aus Paris zeigen, daß Parker Gilberts Bericht in Frankreich die Wirkung hatte, die Arbeit der Sachverständigenkommission zum voraus zu sterilisieren und Frankreich zu extravaganten Forderungen im Stile Poincarés zu ermutigen, d. h. Deutschland solle nicht nur Frankreichs Schulden an England und die Vereinigten Staaten zahlen, sondern außerdem Frankreich für die Wiederherstellung der Kriegsschäden gut entschädigen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß die kleineren alliierten Mächte unter Artikel 231 und Artikel 232 und Anhang 1 des Reparationsteiles des Versailler Diktats Deutschland für die Reparationsschulden seiner früheren Verbündeten verantwortlich machen wollen (!). Sie würden verlangen, daß dieser Verpflichtung Deutschlands Rechnung getragen werden müsse, sowohl wenn die Sachverständigen die Frage der Reparationen prüften als auch, wenn die Verteilung der endgültig festgesetzten Gesamtschuld von den großen Gläubigermächten diskutiert würde.

Die „Morningpost“, die immer mehr poincaristisch ist als Poincaré selbst, spottet in einem Leitaufsatz über den „deutschen Aerger“ über Parker Gilberts Bericht, der klar zeige, daß es Deutschland außerordentlich gut gehe und daß es die Reparationslasten mit Leichtigkeit tragen könne (!).

Der „Daily Expreß“ plädiert in einem Leitaufsatz erneut dafür, daß Großbritannien als einen Akt der Gerechtigkeit Deutschland gegenüber dieses Jahr seine Truppen aus dem Rheinland abberufen müsse, und zitiert Parker Gilberts Aeußerungen in seinem Bericht, daß Deutschland wie in den vorangehenden Jahren alle erforderlichen Zahlungen gemacht habe, und zwar loyal und pünktlich. Deutschland habe alles getan, um eine Lösung der Rheinlandfrage leicht zu machen und es sei an Großbritannien, seinerseits den Rest zu tun.

*

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ schreibt, man vermute, daß Parker Gilbert lediglich zu seinem gewöhnlichen Jahresurlaub und aus keinem anderen Grunde nach Amerika komme. Natürlich werde er Präsident Coolidge und wahrscheinlich auch Hoover sprechen und Beratungen mit Bankiers haben. Es sei aber keinesfalls anzunehmen, daß er den Wunsch habe, eine Aenderung in der offiziellen Haltung dem Reparationssachverständigenausschuß gegenüber herbeizuführen.

Nach Blättermeldungen aus Tokio ist der japanische Delegierte für den Reparationssachverständigenausschuß Kango Mory aus Tokio via Sibirien abgereist.

Noch ein amerikanischer Bericht über Deutschlands Wirtschaftslage

Washington, 3. Januar.

Das Handelsamt veröffentlicht den Bericht des Handelsattachés des amerikanischen Generalkonsulats in Berlin über die deutsche Wirtschaftslage im zweiten Halbjahr 1928. **Dieser Bericht ist weit weniger optimistisch gehalten als der Bericht Parker Gilberts, er hat jedoch in der hiesigen Presse noch keinen Widerhall gefunden.**

Die deutsche Presse zum Gilbert-Bericht.

Einmütige Ablehnung.

Die tiefe Enttäuschung, die der ungerechte und objektiv parteiische Bericht des Reparationsagenten Parker Gilbert im ganzen deutschen Volke erwecken muß, findet in der Presse mit einer seltenen Einmütigkeit ihren Ausdruck.

Die **„Kreuz-Zeitung“** schreibt am Schlusse ihres Leitartikels: „So bekommen wir einen Reparationsbericht vorgesetzt, der im Widerspruch zur wirklichen Lage steht, in der wir uns befinden, und der mit falschen Vorstellungen zu falschen Schlüssen führen muß, wenn nicht mit aller Energie von deutscher Seite aus die Nebel zerstreut werden, die durch den Optimismus Parker Gilberts erzeugt worden sind.“

Die **„Berliner Börsen-Zeitung“** bezeichnet die Haltung Parker Gilberts als „tendenziösen Optimismus“.

Die **„Deutsche Tageszeitung“** erklärt: „Man wird Parker Gilbert nicht unterstellen dürfen, daß er die deutsche Leistungsfähigkeit etwa nach dem Trugbild beurteilt, das die luxuriöse Lebenshaltung einer kleinen Berliner Oberschicht dem flüchtigen Fremdenbesucher vielleicht vorgaukelt, daß er sie beurteilt nach der schillernden Fassade eines vielfach geschmacklosen Lebensstils einiger weniger, die bei aller krampfhaften Weltstädtigkeit doch nur ein Potemkinsches Dorf darstellt. Es muß daher angenommen werden, daß sein völlig schiefes Urteil über die wirkliche Lage Deutschlands aus einer falschen und zu engen Betrachtungsweise der Dinge herrührt, daraus nämlich, daß er die ganzen Probleme nur vom rein äußerlich geldlichen Standpunkt betrachtet, ohne in die wirtschaftlichen Hintergründe, die leider in mancher Beziehung Abgründe darstellen, hineinzuleuchten. . . . Der Optimismus, den Parker Gilbert hat walten lassen, ist nur geeignet, den Pessimismus, den man vom deutschen Standpunkt aus der Arbeit der Sachverständigen gegenüber hegen muß, zu verstärken und zu vertiefen. Wenn bei ihnen die wirklichen wirtschaftlichen Zusammenhänge und die wirkliche wirtschaftliche Lage Deutschlands ebenso zu kurz kommen, wie in diesem Bericht, dann steht für die deutschen Interessen kaum etwas zu hoffen, desto mehr zu befürchten.“

Die **„Germania“** betont u. a.: „Wenn der Reparationsagent feststellt, daß die Zinssätze in Deutschland im vergangenen Jahr nicht weiter angezogen haben, so ist das doch nichts anderes, als die Konstatierung des Arztes, daß das Fieber des Kranken nicht weiter gestiegen sei. Hat doch der Zinsfuß in Deutschland seit der „Wiederankurbelung“ unserer Wirtschaft ständig eine Höhe gehalten, die selbst in Kolonialländern mit einem gewaltigen Kapitalbedarf und riesigen Entwicklungsmöglichkeiten selten übertroffen wurde. Dieser hohe Kapitalzins, der jede Rentabilität der deutschen Wirtschaft zu erdrosseln droht, wirkt sich ohnedies mehr und mehr als eine internationale Tributbelastung Deutschlands aus, je mehr unsere privatwirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland mit der Aufnahme neuer Anleihen wachsen.“

Der **„Börsen-Curier“** kritisiert den Agenten-Bericht als „übereifrig optimistisch“. Selbst im Ausland werde man es beispielsweise nur mit einem leichten Schmunzeln lesen können, daß die sich notweise an die ausländische Konkurrenz verkaufende deutsche Automobil-Industrie „rapide Fortschritte“ gemacht habe. Das Wort Landwirtschaftskrise komme im Reparationsbericht nicht vor. Das Blatt schließt: „Wir sind gezwungen, gegen den Geist Stellung zu nehmen, der in dem von subjektiver Gläubigerseite veröffentlichten Reparationsbericht zum Ausdruck kommt.“

Die **„Vossische-Zeitung“** bemerkt: „Die Diagnose Parker Gilberts erinnert ein wenig an die Feststellungen mancher Militärärzte in den letzten Kriegsjahren, die mit besten Absichten in Erfüllung einer vermeintlichen patriotischen Pflicht auf die inneren Leiden nicht viel Wert legten und Menschen mit den schwersten Gebrechen noch für vorzügliche Infanteristen hielten.“

Das **„Berliner Tageblatt“** schreibt u. a.: „Wenn der Reparationsagent in seinem Bericht nicht darauf verwiesen hat, daß die deutschen Zahlungen seit 1924 nur durch die Aufnahme fremder Gelder möglich geworden sind und daß eine ernste Probe auf die Möglichkeit eines Transfers unter anderen Umständen noch nicht gemacht worden ist, so muß dieses Schweigen im Augenblick in Deutschland befremden. Immerhin ist ja die ganze Sachlage so offensichtlich und dem Reparationsagenten auch sicherlich so gut bekannt, daß man mit Recht nach den Gründen dieses Schweigens fragen muß.“

Der Abtransport von Frauen und Kindern aus Kabul beendet.

London, 4. Januar. (R.) „Times“ melden aus Lahore: Der Abtransport der Frauen und Kinder aus den Gesandtschaften in Kabul ist nach einer hier eingegangenen Meldung beendet. Bis nächsten Mittwoch wird kein neues Flugzeug nach Kabul abgehen. Die russischen Frauen und Kinder aus Kabul sind mit den gewöhnlichen Verkehrsflugzeugen nach Norden abtransportiert worden.

Die Trümmer eines spanischen Flugzeuges aufgefunden.

Paris, 4. Januar. (R.) Nach einer Meldung des „Journal“ aus Oran, wurden an der algierischen Küste, 4 Kilometer westlich von Kap Figalo, die Trümmer eines seit drei Tagen vermißten spanischen Marineflugzeuges, das bei seinem Aufstieg 4 Mann an Bord gehabt hatte, entdeckt. Von den Insassen fehlt jede Spur.

Wandel im Licht.

Epiphanien ist wohl von alters her das Fest, an dem die Christenheit der Männer gedenkt, die vom Stern geleitet aus dem Morgenland kamen, das Jesuskind anzubeten. Sie sieht darin den Anfang der Erfüllung jener Verheißung: „Die Heiden werden in deinem Lichte wandeln und die Könige in dem Glanz, der über dir aufgeht." Christenleben ist Wandel im Licht. Nicht nur in dem Sinne, daß es Wandel vor Gott ist, der sich in Christus geoffenbart hat, sondern auch in dem Sinne, daß es in ihm alles hell, klar, durchsichtig sein soll, nichts, das sich verbergen müßte. Wer im Finstern hingeht, hat nichts Gutes vor; Finsternis ist in der Heiligen Schrift Bild des Bösen, Licht Bild des Guten und Reinen. Aber, um sicher zu wandeln, genügt es nicht, daß es um uns Licht sei. Was hilft dem Blinden das Licht? Nur wo das Auge sehen kann, findet es den Weg. Jesus nennt das Auge das Licht des Leibes. Wehe, wenn es verdunkelt ist! Dann ist um den Menschen Finsternis, auch wenn die helle Sonne scheint.

Das gilt nicht nur von dem Wandel der Füße, die allzuleicht straucheln und sich stoßen und irre gehen, wo das Augenlicht erloschen ist. Es gilt eben so von der Seele und ihrem Wandel. Man muß Glaubensaugen haben, man muß auf Gott und sein Wort schauen können, man muß klaren Blick, erleuchtet von dem Geiste Gottes haben, wenn man im Lichte wandeln soll! Wehe, wenn das Auge der Seele blind ist! Dann geht der Fuß im Dunkel der Sünde und des Irrtums dahin, dann wird, wie Jesus sagt, „der ganze Leib finster sein. Wenn das Licht, das in dir ist, Finsternis ist, wie groß wird dann die Finsternis sein" (Matth. 5. 22—23). Lassen wir uns vom Geiste Gottes erleuchten, „daß wir erkennen seinen Weg und was ihm geliebt auf Erden", damit wir nicht irren und fallen! Bitten wir den Herrn, der die Blinden sehen macht: „Jesu, gib gesunde Augen, die was taugen. Rühre meine Augen an. Denn das ist die größte Plage, wenn am Tage man das Licht nicht sehen kann."

D. Blau-Posen.

Kirchliche Nachrichten für die Evangelischen Posens.

Sonntag, 6. Januar: Kirchenkollekte nach Wahl der Gemeinde; empfohlen wird Unterstützung der Heidenmission.

Die gemeindlichen Wochengottesdienste fallen zu Gunsten der allabendlichen Versammlungen der kirchlichen Gebetswoche aus.

Kreuzkirche. Sonntag 10 Uhr: Gottesdienst. P. D. Greulich. 11¼: Kindergottesdienst. Ders.

Kreising. Sonntag, nachm. 2 Uhr: Gottesdienst. P. D. Greulich.

St. Petrikirche (Ev. Unitätsgemeinde). Sonntag, 10: Gottesdienst. Geh. Konf.-Rat Hänisch. 11½: Kindergottesdienst. Derselbe.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. Geh. Konf.-R. D. Staemmler. 11¼: Kindergottesdienst. Derselbe. — Mittwoch: Die Bibelstunde fällt der Gebetswoche wegen aus. — Amtswoche: Geh. Konf.-R. D. Staemmler.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. P. Hammer.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sup. Rhode, danach Kindergottesdienst.

St. Matthäikirche. Sonntag (Epiphanias), 10: Gottesdienst. P. Brummack. — 11½: Kindergottesdienst. — Montag 4½: Mitgliederversammlung der Frauenhilfe. — Anläßlich der Gebetswoche sonst keine Veranstaltungen.

Sassenheim. Mittwoch, 6: Jugendversammlung. 8: Bibelstunde.

Kapelle der Diakonissenanstalt Sonnabend, abends 8: Wochenschluß. P. Sarowy. — Sonntag, 10: Gottesdienst. Ders.

Evangel. Verein junger Männer. Sonntag, 8: Musikabend. P. Brummack.

Evang. Jungmädchenverein Posen. Sonntag, 5: Sonntagsverein. — Montag, ½8: Jungmädchenverein, jüngere Abteilung. — Mittwoch, ¾8: Jungmädchenverein, ältere Abt. — Freitag, 7: Lautenstunde. — Sonnabend, ½5: Jungschar. Für Kinder von 10—14 Jahren.

Christl. Gemeinschaft (im Gemeindesaal der Christuskirche, ul. Matejki 42). Sonntag, 5½: Jugendbundstunde E. C. 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechung. Jedermann herzlich eingeladen.

Baptisten-Gemeinde, ul. Przemyslowa 12. Sonntag, 10 Uhr: Predigt. Kand. Schönknecht. 3 Uhr: poln. Predigt. 3½: Predigt. Kand. Schönknecht. Abends 6: Jugendverein. — Von Montag bis Sonnabend, abends 8 Uhr: Allianzgebetstunden.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 4. Januar.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen Aerzten und Krankenkasse.

Unter dieser Ueberschrift wird der „Deutsch. Rundsch." von ärztlicher Seite aus Graudenz geschrieben:

Angesichts der Tatsache, daß man von einem Streik der Aerzte gesprochen hat, sei es gestattet, die Oeffentlichkeit darüber aufzuklären, daß kein Aerztestreik, sondern ein vertragsloser Zustand mit den Kassen in ganz Posen und Pommerellen besteht. Natürlich wird zunächst an die nahe Möglichkeit gedacht werden, daß die Aerzte wegen einer Honorarerhöhung mit den Kassen zu keinem Vertrag haben gelangen können. Diese Annahme ist grundfalsch, und das Publikum hat ein Recht, zu wissen, aus welchem Grunde — und noch zudem während der Grippeepidemie — der kontraktlose Zustand am 1. Januar 1929 eingesetzt hat.

Der Zentralvorstand des Aerzteverbandes Posen-Pommerellen in Posen verlangt von dem Zentralkassenvorstand in Posen einen sogenannten Kollektiv- bzw. Mustervertrag, um dadurch lokale Zwistigkeiten zwischen den einzelnen örtlichen Aerztevereinen und Krankenkassen ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Derartige Unstimmigkeiten haben bisher immer wieder und wieder unnötig Zeit und Kraft beider Teile in Anspruch genommen und unnötigen Konfliktstoff geschaffen zum Schaden der Allgemeinheit, so daß zur Lösung das Allgemeinwohl wirklich berührender Fragen nur wenig Zeit und Neigung vorhanden war. Die Geldfrage ist bei den Verhandlungen mit dem Zentralkassenvorstand diesmal überhaupt nicht zum Gegenstand einer Besprechung gemacht worden.

Trotzdem setzt der Zentralkrankenkassenvorstand in Posen das Leben und die Gesundheit vieler Tausender aufs Spiel und läßt es zum Bruch kommen. Es muß als falsch bezeichnet werden, wenn die Kassen den Aerzten gegenüber nach ihrem Belieben verfahren zu dürfen glauben, ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl.

Eine einfache, ruhige Ueberlegung muß nun jedem Einsichtigen sagen, daß das Spiel für die Kassen verloren sein muß. Selbst wenn sich an einzelnen Orten unter den Aerzten solche finden, die den traurigen Mut haben, gegen ihre Standesgenossen und mit den Kassen zu arbeiten, so liegen die Verhältnisse, von diesen verschwindenden, praktisch gar nicht in Betracht kommenden Ausnahmen abgesehen, heute so, daß die Kassen werden einlenken müssen.

Der Starrsinn des Zentralvorstandes der Kassen in Posen hat also eine schwere Verantwortung auf sich geladen, daß er es zum kontraktlosen Zustand kommen ließ. Seine Bestrebungen werden aber diesmal an der festen Mauer des ärztlichen Solidaritäts- und Anständigkeitsgefühls abprallen! Falls aus dieser Mauer morscher Mörtel nachträglich abbröckeln sollte, dann um so besser. Um so gründlicher wird der Aerzteverband die Schäden auszubessern wissen.

Die Aerzte in Posen und Pommerellen verlangen als gleichwertige Verhandlungspartner behandelt zu werden, aber nicht als Hörige und Heloten. Die Frage des Honorars spielt nur eine nebengeordnete Rolle.

Ein musikalisches Ereignis.

Wie wir bereits wiederholt mitgeteilt haben, wird Lotte Leonhard, die berühmte deutsche Sängerin, mit dem Kammerorchester am Sonntag, 6. Januar, nachm. 5 Uhr im Evangelischen Vereinshause ein Konzert geben. Eingeleitet wird das Konzert durch das Concerto h-moll von dall'Albaco, der von 1675—1742 gelebt hat. Darauf folgt das III. Konzert in F-dur von Scarlatti (1659—1725), beide Werke werden vom Kammerorchester aufgeführt. Lotte Leonard singt dann mit Begleitung des Kammerorchesters „Seufzer, Tränen, Kummer, Not" von Bach und ferner zwei Arien von Händel. Darauf singt die Künstlerin alte deutsche Lieder, unter denen sich solche von Löhner, Corner, Hiller, Telemann und Ahle befinden. Am Flügel Kapellmeister August Ehrhardt. Danach spielt das Kammerorchester die Serenade in D-dur von Mozart, und hieran anschließend folgen Lieder von Robert Schumann, die Lotte Leonard singen wird. Wir finden darunter Perlen wie Widmung, Jemand, Mondnacht, Geisternähe u. a. Indem wir die Posener Bevölkerung noch einmal auf diesen einzigartigen Abend aufmerksam machen, bitten wir, rechtzeitig Karten in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung besorgen zu lassen.

× **Die Preise für Lebensmittel des ersten Bedarfs** sind im Dezember gegenüber November um 0,68 Prozent gestiegen.

× **Seinen 50. Geburtstag** feiert am Montag, 7. Januar, der Hausbesitzer Richard Bartz, Glogauer Straße 108.

× **Posener Wochenmarktspreise.** Der heutige Freitags-Wochenmarkt war mittelmäßig beschickt und ebenso von Verkäufern besucht. Die Butterpreise gaben der allgemein fallenden Tendenz nach. Es kosteten: das Pfund Tafelbutter 3,40—3,70, Landbutter 3—3,30, das Liter Milch 42, Quark 60, die Mandel Eier 3,30—4,30. — Auf dem Obst- und Gemüsemarkt zahlte man: für Kartoffeln (drei Pfund) 20, Spinat 50, Grünkohl 35, Zwiebeln 20—25, Kohlrabi 20, Rosenkohl 70, Rotkohl 20—30, Rote Rüben 15, Wruken 10—15, Walnüsse 1,30—1,50, Haselnüsse 2 bis 2,60, Aepfel 40—70, Mohrrüben 15—20, Wirsingkohl 40, Kürbis 15, Backbirnen 0,80—1,10, Backpflaumen 0,80—1,00, 1 Zitrone 15—30. — Auf dem Fleischmarkt kosteten: roher Speck 1,50, geräucherter Speck 1,70—1,80, Schweinefleisch 1,50 bis 1,80, Rindfleisch 1,50—2,00, Kalbfleisch 1,40, Hammelfleisch 1,50—1,60. Ferner kosteten Hasen ohne Fell 7,50—8, eine Gans das Pfund 1,60 bis 2,00, eine Pute 12—15 Złoty. — Auf dem Fischmarkt notierten bei äußerst knapper Zufuhr Karpfen mit 2,60—2,80, Hechte mit 1,80—2, Karauschen mit 1—1,80, Schleie mit 2—2,80, Bleie mit 1,40—1,80, Barsche mit 0,80—1,40, Weißfische mit 0,60—1,00 Złoty.

× **Selbstmord.** Ein Wacław Lewandowski, wohnhaft Große Gerberstraße 40, sprang aus dem 4. Stockwerk auf die Straße und war sofort tot. Die Ursache seiner Tat ist unbekannt.

× **Ehestandsszene.** Der dem Alkohol ergebene Arbeiter Jan Jakubowski, ul. Jeżycka 12, stürzte sich am Mittwoch mit einem Rasiermesser auf seine Frau und brachte ihr am Halse gefährliche Wunden bei. Die Frau wurde von der Rettungsstation in Behandlung genommen. Jakubowski, der geflüchtet war, wurde ergriffen und verhaftet.

× **Zusammenstoß.** Gestern abend 9 Uhr fuhr der Ambulanzwagen der Pilsudskischen Rettungsstation auf die Autodroschke PZ. Nr. 43 456 an der Bachstraße und zertrümmerte sie teilweise. Auch der Ambulanzwagen wurde stark beschädigt. Die Feuerwehr mußte beide Wagen ihrem Bestimmungsort zuführen. Von den Glasscherben wurde der Insasse der Autodroschke, Kaufmann Aleksander Antoniewicz aus Unterberg, erheblich im Gesicht verletzt und mußte in das Stadtkrankenhaus geschafft werden; der Chauffeur erlitt eine leichte Handverletzung.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: einem Leopold Kallenberg, wohnhaft Dolna Wilda 70 (fr. Unterwilda), in der P.K.O. 3000 Złoty; einem Czesław Adamczewski aus Osiek, Kr. Wirsitz, von einem Kraftwagen in der ul. 27. Grudnia (fr. Berlinerstraße) eine Pelzdecke und ein Paar Handschuhe; einem Walenty Klapczyński im Hauptpostamt ein Sterbekassenbuch mit 45 Złoty; aus der Fleischerwerkstatt von Józef Szwedek 50 Pfd. Speck, 20 Pfd. Schweinefleisch und 14 Pfd. Schmalz; einer Marja Ilasiewicz, Glogauer Straße 64/66; aus der Bodenkammer 7 farbige Herrenoberhemden und ein weißes Damasttischtuch für 12 Personen.

× **Vom Wetter.** Heut, Freitag, früh waren bei mäßigem Schneefall sieben Grad Kälte.

× **Sonnenaufgang und Sonnenuntergang** am Sonnabend, 5. Januar, 8,13 und 15,59 Uhr.

× **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut, Freitag, früh + 0,53 Meter, gegen + 0,58 Meter gestern früh.

× **Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555, erteilt.

× **Nachtdienst der Apotheken** vom 29. 12. 1928 bis 5. 1. 1929. Altstadt: Aeskulap-Apotheke, Plac Wolności 13, Sapieha-Apotheke, Pocztowa 31; Jersitz: Mickiewicz-Apotheke, Mickiewicza 22; Lazarus: Pluciński-Apotheke, Głogowska 74/75; Wilda: Kronen-Apotheke, Górna Wilda 61.

× **Rundfunkprogramm** für Sonnabend, den 5. Januar. 13—14: Zeitzeichen. Schallplattenkonzert. 14—14.15: Börsen. 14.15—14.30: Kommunikate. 15.45—16: Selbstverwaltungskommunikate. 16—16.25: Vortrag. 16.25—16.45: Neues von der Landesausstellung. 16.45—17.45: Geigensolo. 17.15—17.30: Pfadfinderplauderei. 17.30 bis 17.55: Tad. Powidzki: Das Turnen als Sporttraining. 18—19: Für die Kinder. 19—19.20: Die Welt der Frau. 19.20—19.40: Musikalisches Zwischenspiel. 19.40—20.05: Englisch für Fortgeschrittene. 20.05—20.30: Beiprogramm. 20.30 bis 22: Abendkonzert aus Warschau. 22—22.30: Zeitzeichen. 22.30—24: Kabarett. 24—2: Nachtkonzert der Firma Philipps.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Gnesen, 3. Januar.** Am Neujahrstage nachmittags wurde der 44 Jahre alte Józef Szalek aus Krzyszczewo vom Zuge totgefahren. Bei der Kreuzung des Bahndammes zwischen Pyszczykowo und Krzyszczewo hatte der aus der Kirche kommende Szalek den Zug nicht bemerkt.

* **Janikowo, Kreis Strelno,** 3. Januar. Ein gräßlicher Unfall ereignete sich in der Neujahrsnacht auf dem Eisenbahngleise unweit des hiesigen Bahnhofs, und zwar wurde dort kurz nach Mitternacht von Männern, die beim Schneeschaufeln beschäftigt waren, die Leiche eines Eisenbahnschaffners, dem beide Beine abgefahren waren, gefunden. Der auf diese furchtbare Weise ums Leben gekommene Schaffner ist wahrscheinlich auf dem Trittbrett eines fahrenden Zuges ausgeglitten und auf diese Weise unter die Räder gekommen.

* **Obornik,** 3. Januar. In der Silvesternacht brannte die gefüllte Scheune des Wirts Radke im Werte von 25 000 Złoty nieder. Den Brand soll, dem „Dziennik" zufolge, der Wirt Antoni Lorenz in Kaminsko durch Vivatschüsse verursacht haben.

Wettervoraussage für Sonnabend, 5. Januar.

= **Berlin, 4. Januar. Für das mittlere Norddeutschland: Bewölkt bis trübe, Neigung zu leichten Schneefällen, weiterhin kalt, nordöstliche Winde. — Für das übrige Deutschland: Im Süden und im Osten zahlreiche, sonst vereinzelte leichte Schneefälle, fortdauernd kalt.**





Handelsnachrichten.

≡ Eine Verständigung über den Eisenabsatz in Rumänien ist nunmehr auf einer kürzlich in Wien abgehaltenen Konferenz von Vertretern der österreichischen, tschechoslowakischen und ungarischen Hütten einerseits sowie der rumänischen Eisenwerke andererseits in endgültiger Form zustande gekommen. Es handelt sich hier um ein ähnliches Abkommen, wie es Ende Frühjahr 1927 über die Eisenversorgung des jugoslawischen Marktes getroffen worden ist. Auch die rumänische Eisenindustrie hatte jahrelang unter der ausserordentlich scharfen Konkurrenz der exportierenden Nachbarländer zu leiden. Nachdem zunächst die rumänischen Hütten sich zusammengeschlossen hatten, kam es im Frühjahr 1928 zu provisorischen Vereinbarungen mit Ungarn, Oesterreich und der Tschechoslowakei, die damals noch eine (im vergangenen Sommer aufgelöste) Sondergruppe im Internationalen Rohstahlkartell bildeten. Da Rumänien als nicht exportfähiger Eisenproduzent für eine direkte Beteiligung an dem Internationalen Kartell nicht in Frage kam, ist es diesem jetzt gewissermassen mittelbar, eben durch das neue Abkommen, angeschlossen, ähnlich wie Jugoslawien. Eine vollkommene Sanierung des rumänischen Eisenmarktes würde allerdings nur zu erreichen sein, wenn auch die polnische Hüttenindustrie in dieses Abkommen einbezogen werden könnte. Dem steht aber entgegen, dass die wiederholten Versuche Polens, seinen Territorialschutzvertrag mit den österreichischen und tschechoslowakischen Hütten durch eine Verteilung der Balkanmärkte zu erweitern, jedesmal gescheitert sind, wie auch die Frage des Beitritts der polnischen Hütten zum Internationalen Rohstahlkartell bekanntlich noch immer ungelöst ist. Polen befindet sich dabei hinsichtlich des rumänischen Marktes durchaus im Vorteil, weil es im Falle einer Exportkonvention mit der Tschechoslowakei etc. zweifellos seine Ausfuhr nach Rumänien stark einschränken müsste. Für die polnische Dumping-Konkurrenz auf dem rumänischen Eisenmarkt rächt sich freilich die tschechoslowakische Industrie bereits insofern, als sie ihren Einfluss auf die gemeinsame Verkaufsstelle der österreichischen und ungarischen Eisenwerke für Jugoslawien (die den Witkowitzer Werken nahestehende Kontinentale Eisenhandelsgesellschaft Kern u. Co.) dazu benutzt, den Absatz polnischer Hüttenerzeugnisse auf dem jugoslawischen Markt zu erschweren. Eine Bereinigung all dieser komplizierten Verhältnisse wird letzten Endes nur auf dem Wege der Aufnahme Polens in das Internationale Rohstahlkartell zu erreichen sein, wozu wiederum eine restlose Verständigung der deutschen und der polnischen Eisenhütten im Rahmen eines deutsch-polnischen Handelsvertrages die Voraussetzung bildet. Eine solche Verständigung kann aber nach den vor einigen Tagen abgeschlossenen privaten Verhandlungen bereits als ziemlich gesichert angesehen werden.

Die Schrottverhandlungen mit Deutschland. Wie die „Kattow. Ztg." meldet, handelt es sich bei den Abmachungen, welche dieser Tage zwischen deutschen und polnischen Interessenten über die Einführung eines Schrottlieferungsabkommens in dem künftigen deutsch-polnischen Handelsvertrag getroffen worden sind, um rein private Vereinbarungen. Die beiderseitigen Regierungen sind mit dieser Frage insofern noch nicht befasst worden, als sie von dem Resultat der obenerwähnten Vereinbarungen noch keine offizielle Kenntnis haben. Weiterhin haben sich die deutsche und die ostoberschlesische Industrie, die ja hier als die eigentlichen Kontrahenten anzusehen sind, auf ein polnisches Schrottkontingent von etwa 160 000 Tonnen geeinigt, welches jährlich von Ostdeutschland nach Polen zu liefern ist. Das frühere Kontingent, das der ostoberschlesischen Industrie auf Grund des bekannten Genfer Abkommens zugebilligt worden war, hat sich auf ca. 240 000 Tonnen belaufen. Es ist aber niemals ausgenutzt worden, sondern die effektiven Lieferungen erreichten im Höchstfalle nur die jetzt vereinbarte Grenze von 160 000 Tonnen. Als Gegendienst für die Gewährung des Schrottkontingentes hat die ostoberschlesische Industrie in eine Kontingentierung ihrer Neueisenausfuhr nach Deutschland gewilligt. Das Abkommen dürfte jedenfalls noch der Genehmigung der beiderseitigen Regierungsstellen unterliegen, man rechnet allerdings damit, dass diese erteilt werden wird.

In deutschen Schrotthandelskreisen bezeichnet man die Art, in der diese Frage behandelt worden ist, als einen Versuch, den Handel auszuschalten. Man weist darauf hin, dass die Belieferung der ostoberschlesischen Industrie durch die deutsche Schrottvereinigung, die geplant zu sein scheint, dieser letzteren allenfalls als Vorwand dazu dienen könnte, die angeblich in Deutschland bestehende Schrottknappheit noch mehr als bisher zu betonen, die geringfügigen Ausfuhrbewilligungen, welche dem Handel bisher erteilt wurden, weiterhin zu verringern, und auf diese Weise dem freien Handel seine Existenz noch mehr zu erschweren, als dies bisher schon der Fall ist.

✝ Deutsches Kapital im polnischen Eisenerz-Bergbau. Das Syndikat der polnischen Eisenerz-Zechen zu Kattowitz hat dieser Tage eine Anleihe in Höhe von 350 000 £ abgeschlossen. Davon ist, wie die „Wirtschafts-Korrespondenz" erfährt, die Hälfte von der Banca-Franco Polonaise, die andere Hälfte von der Kattowitzer Filiale der Darmstädter und Nationalbank, der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft übernommen worden. Der Zinssatz beträgt 7¾ Prozent. Ausserdem soll das Syndikat noch einen Goldkredit unter günstigen Bedingungen erhalten haben. Diese Kapitalien werden von dem Syndikat benötigt, um seinen Verpflichtungen gegenüber den Bergwerken, welche es besitzt, nachzukommen.

≡ Aus der Metall-Industrie. Die zuständigen Ministerien haben die Gründung einer A.-G. unter der Firma Gebrüder Jenike, Kränefabrik (Bracia Jenike, Fabryka Dzwigow Sp. Akc.), Warschau genehmigt, in der die Firma Ing. Gebr. Jenike aufgeht. Das Kapital des Unternehmens beträgt 500 000 zł, eingeteilt in 5000 Stück Aktien zu je 100 zł.

Eine neue A.-G. unter der Firma Metallindustriewerke I. Fogelnest (Zakłady Przemysłu Metalowego I. Fogelnest Sp. Akc.) ist mit ministerieller Zustimmung in Warschau entstanden. Kapital 250 000 zł.

Die Czenstochauer Nadel- und Metallerzeugnissefabrik A.-G. (Częstochowska Fabryka Igiel i Wyrobów Metalowych Sp Akc.) erhöht (laut „Monitor Polski") ihr Kapital von 100 000 auf 200 000 zł durch Ausgabe von 1000 Stück 100-Złoty-Aktien, deren Emissionspreis 101.50 Złoty beträgt.

≡ Aus der Hütten-Industrie. Die Ostrowiecer Hochofenwerke A.G. (Sp. A. Wielkich Pieców i Zakładów Ostrowieckich), Sitz Warschau, erhöhen mit ministerieller Genehmigung ihr Aktienkapital von 15 auf 20 Millionen Złoty durch Ausgabe von 100 000 Stück 50-Złoty-Aktien, wovon 18 666 Stück namentliche Aktien der Serie A sein werden. Der Emissionspreis darf nicht unter 70 zł je Stück liegen. Wie bei Betrachtung des Abschlusses der Gesellschaft für 1927/28 von uns erwähnt, hat die letzte Generalversammlung die Erhöhung des Kapitals um insgesamt 10 Millionen Złoty beschlossen, und zwar soll diese je nach den Modernisierungsbedürfnissen des Betriebes in einer oder mehreren Emissionen erfolgen. Ausserdem besteht die Absicht, eventuell eine Interessengemeinschaft mit den Sosnowiecer Röhren- und Eisenwerken und mit der Warschauer Lokomotivenfabrik einzugehen.

Die Generalversammlung der Hohenlohewerke A.-G. (Zakłady Hohenlohego Sp. Akc.), Welnowiec, Kr. Kattowitz, hat die per 1. Juli d. Js. umgerechnete Bilanz bestätigt. Danach werden der ausserordentlichen Reserve 6.38 Millionen Złoty zugeführt, so dass sie sich auf 20.40 Millionen Złoty erhöht. Die gesetzliche Reserve beträgt unverändert 2.43 Millionen Złoty. Der Amortisationsfonds steigt auf 23.28 (gegenüber 13.54) Millionen Złoty. Eine Erhöhung des Aktienkapitals, das 24 250 000 zł beträgt, ist nicht erfolgt. Die Anlagen stehen jetzt mit 54.83 (gegenüber 34.82) Millionen Złoty zu Buche. Die Umrechnung hat einschl. eines Gewinns von 3.75 Millionen Złoty auf dem Schuldner-Konto einen Gesamtüberschuss von 23.75 Millionen Złoty ergeben.

≡ Ammonsulfatpreise der Kokerei Knurow. Der Preis für 100 kg Ammonsulfat, lose, mit einem garantierten Gehalt von 20 bis 21 Prozent Stickstoff beträgt 43 zł franko Waggon Station Knurow O.-S. Die Lieferung erfolgt in ganzen und halben Waggons, die Verpackung auf Wunsch in Säcken. Für den Sack werden 2.20 zł berechnet. Für das Verpacken der Ware in Säcken zahlten die Abnehmer ¾ Prozent des Verkaufspreises. Der Wechselkredit läuft bis 1. November 1929. Bei Abnahme im Monat Dezember wurde ein zinsloser Kredit bis 15. 1. 1929 gewährt. Bei längeren Zahlungsfristen beträgt die Verzinsung 9.5 Prozent. Bei Barzahlung werden 3 Prozent Skonto eingeräumt.

V Ein Verordnungsentwurf über Speisefette. Das Gesundheitsamt hat einen Gesetzentwurf über die Herstellung, Einfuhr und den Verkauf von Speisefetten und Speiseölen ausgearbeitet. Die Veröffentlichung der Verordnung dürfte in nächster Zeit erfolgen.

V Bilanzumstellung der Hermannmühlen A.-G. in Posen. Auf der kürzlich stattgehabten Generalversammlung der Aktionäre der Hermannmühle A.-G. in Posen wurde die Umrechnung der Bilanz per 1. Juli 1928 (gemäss Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. März d. Js.) bestätigt. Die neue Bilanz weist infolge Umwertung auf die neue Złotyparität einen Ueberschuss in Höhe von 1,3 Mill. Złoty auf, der den Reserven und Amortisationsfonds zugeführt wird.

Märkte.

Getreide. Posen, 4. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Richtpreise:

Weizen	41.50—42.50
Roggen	33.25—33.75
Weizenmehl (65%) m. Sack	59.50—63.50
Roggenmehl (70%) m. Sack	47.25
Hafer	30.75—31.75
Braugerste	34.00—36.00
Mahlgerste	32.00—33.00
Weizenkleie	25.25—26.25
Roggenkleie	25.25—26.25
Sommerwicke	39.00—41.00
Peluschken	37.00—39.00
Felderbsen	45.00—48.00
Viktoriaerbsen	65.00—70.00
Folgererbsen	59.00—64.00

Gesamttendenz: schwach. Braugerste in ausgesuchten Sorten über Notiz.

Warschau, 3. Januar. Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg franko Warschau im Markthandel: Roggen 35.75—36, Weizen 46 bis 46.50, Braugerste 34.50—35, Grützgerste 32—33, Einheitshafer 33.50—34, Roggenkleie 25.50—26, mittlere Weizenkleie 26.50—27, dicke Weizenkleie 27.50—28, Weizenmehl 65proz. 73—74, Roggenmehl 70proz. 49 bis 50, Leinkuchen 50.50—51, Rapskuchen 41—42, Raps 87—89. Stimmung ruhig.

Kattowitz, 3. Januar. Inlands- und Exportweizen 42, Inlandsroggen 34—35, Exportroggen 39 bis 40, Inlandshafer 34—35, Exporthafer 39—40, Inlandsgerste 40—41, Exportgerste 45—46. Franko Empfangsstation: Leinkuchen 53—54, Sonnenblumenkuchen 49 bis 50, Weizen- und Roggenkleie 28—29, Heu 27 bis 28, Stroh 9.50—10,50. Tendenz ruhig.

Danzig, 3. Januar. Notierungen für 50 kg in Danziger Gulden: Weizen 24.50—23.50, schlechtere Sorten 22.75, Roggen 20.75, Gerste 21.50, Futtergerste 20.25, Hafer 18.50, kleine Erbsen 30, grüne Erbsen 38, Viktoriaerbsen 42, Roggenkleie 16.25, Weizenkleie 17, Wicke 24, Peluschken 23, Saatbohnen 20.

Lublin, 3. Januar. Am hiesigen Futtermittelmarkt ist das Angebot immer noch sehr klein. Süssheu 25, mittleres 18—19, bitteres 16, Futterklee 28, Langstroh 13.50—14, Presstroh 12—13. Am Mehlmarkt ist die Stimmung schwach. Weizenmehl 65proz. 78, Roggenmehl 70proz. 49 zł für 100 kg loko Waggon Wilna. Tendenz behauptet.

Berlin, 3. Januar. Getreide- und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. **Weizen:** märk. 202—204, März 225, Mai 234.5, Juli 238.75. Tendenz stetig. **Roggen:** märk. 200—202, März 221.75, Mai 232.5, Juli 230.5. Tendenz ruhig. **Gerste:** Braugerste 218—235, Futter- und Industriegerste 192 bis 200. **Hafer:** märk. 193—200. **Mais:** loko Berlin 224—225. **Weizenmehl:** 25.5—28.5. **Roggenmehl:** 25.5—28.15. **Weizenkleie:** 14.5. **Weizenkleiemelasse:** 15. **Roggenkleie:** 14.3. **Viktoriaerbsen:** 42—50. **Kleine Speiseerbsen:** 35—40. **Futtererbsen:** 21—23. **Peluschken:** 23—25. **Ackerbohnen:** 21—23. **Wicken:** 27—29.5. **Lupinen, blau:** 15—15.5. **Lupinen, gelb:** 17—17.5. **Seradella, neue:** 38—42. **Rapskuchen:** 19.90—20.30. **Leinkuchen:** 25—25.2. **Trockenschnitzel:** 13.2—13.7. **Soyaschrot:** 21.8—22.1. **Kartoffelflocken:** 18.5—19.2.

Produktenbericht. Berlin, 4. Januar. Die fortgesetzt abbröckelnden Notierungen an den überseeischen Terminbörsen und das dringende Angebot von Plataweizen alter und neuer Ernte zu täglich billigeren Preisen führte an der heutigen Produktenbörse zu einem scharfen Rückgang der Preise für Brotgetreide, der sich namentlich am Lieferungsmarkt fühlbar machte. Die Notierungen gaben für Weizen etwa 2—3 Mark nach, Roggen wurde von der Bewegung mitgezogen, lag jedoch nur 1—1½ Mark schwächer. Das inländische Angebot von Weizen und Roggen hat weiter eher zugenommen, die Unternehmungslust der Mühlen und des Handels lässt bei der gegenwärtigen Situation des Weltmarktes stark zu wünschen übrig. Mehl ist in den Offerten teilweise erneut billiger gehalten, das Geschäft bleibt jedoch auf geringste Quantitäten zur Deckung des notwendigsten Bedarfs beschränkt. Hafer liegt bei mässigem Angebot ziemlich stetig. Gersten weiter in ruhigem Geschäft.

Vieh und Fleisch. Posen, 3. Januar. Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 462 Rinder (darunter 59 Ochsen, 105 Bullen, 298 Kühe und Färsen), 1993 Schweine, 523 Kälber und 215 Schafe, zusammen 3193 Tiere.

Man zahlte für 100 kg Lebendgewicht:

Rinder: Bullen: vollfleischige, ausgewachsene, von höchstem Schlachtwert 150—156, vollfleischige jüngere 140—146, mässig genährte junge und gut genährte ältere 116—126. — Färsen und Kühe: vollfleischige, ausgemästete Kühe von höchstem Schlachtgewicht bis 7 Jahre 164—170, ältere, ausgemästete Kühe und weniger gute junge Kühe und Färsen 146—152, mässig genährte Kühe und Färsen 120—128, schlecht genährte Kühe und Färsen 90—100.

Kälber: beste, gemästete Kälber 166—170, mittelmässig gemästete Kälber und Säuger bester Sorte 150—154, weniger gemästete Kälber und gute Säuger 140—144, minderwertige Säuger 130—134.

Schafe: Stallschafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 136—140, ältere Masthammel, mässige Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 114—120.

Schweine: vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 200—202, vollfleischige von 100—120 kg Lebendgewicht 190—196, vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 184—188, fleischige Schweine von mehr als 80 kg 172—180, Sauen und späte Kastrate 150—190.

Marktverlauf: ruhig.

Vieh und Fleisch. Posen, 4. Januar. Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 5 Rinder (darunter ein Bulle, 4 Kühe und Färsen), 106 Schweine, 47 Kälber, zusammen 158 Tiere.

Marktverlauf: Wegen geringen Auftriebs nicht notiert.

Zucker. Danzig, 3. Januar. Weisser Zucker fob Danzig per Januar 11.6—11.3 sh für 1 cwt bei schwacher Tendenz.

Flachs. Lublin, 3. Januar. Am hiesigen Flachsmarkt ist die Tendenz anhaltend steigend, da die Nachfrage sehr gut ist. Gekämmter Flachs 41, roh 21, Flachswerg 1. Sorte 20, 2. Sorte 12 Dollar für 100 kg loko Ladestation.

Hopfen. Saaz, 2. Januar. Am heutigen Hopfenmarkt betrug der Umsatz mehr als 100 dz. Gezahlt werden 1500—1850 tschech. Kr. für 50 kg.

Wolle. Lublin, 3. Januar. Am hiesigen Wollmarkt hat sich das Geschäft in den letzten Tagen leicht belebt. Notiert wird für 1 kg in Złoty: mittlere Wolle 4.30—4.40, dicke Wolle 3.80—3.90. Tendenz fester.

Häute und Felle. Białystok, 3. Januar. Die diesjährige Saison der Branche für rohe Felle steht im Zeichen fester Preise. Für Flachs werden 10 bis 11 Dollar pro Stück, für Waldmarder 25—26 Dollar, für Hausmarder 15—16 Dollar und für Iltisse 5.50—5.60 Dollar gezahlt. Verhältnismässig schwach gestalten sich die Preise für Eichhörnchen mit 40 Cents pro Stück, während sie in der vergangenen Saison unter einem Durchschnittspreis von 80 Cents nicht zu erhalten waren. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die starke Ausfuhr dieser Pelze in diesem Jahre fast vollkommen aufgehört hat. Hasenfelle 46—47 Cents. Biber 20—21 Dollar. Kaninchenfelle 60 Cents je kg. Das Warenangebot ist nicht mehr gross.

Lublin, 3. Januar. Am hiesigen Häutemarkt ist die Lage unverändert. Für schwere Rindshäute ist die Lage gleichfalls unverändert schlecht. Notiert wird: Kalbsfelle 15 zł, Rosshäute 32—33 zł je Stück, leichte Rindsfelle 2.40—2.50, schwere 2—2.05 zł für 1 kg. Tendenz behauptet.

Posener Börse.

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte.

Notierungen in %	4. 1.	3. 1.
5% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungs-Anleihe (100 zł.)	66.00G	66.00G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	—	—
% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Obligat. der Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	—	—
8% Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.)	94.50G	95.00B
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (10 zł)	50.50B	51.00B
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.Br. der Posener Ldsch. (1 D-Zentner)	—	30.50B
3% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Posener Pr.-Obl. m. p. Stemp.	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	102.00G	—

Tendenz: unverändert.

Industrieaktien.

	4. 1.	3. 1.		4. 1.	3. 1.
Bk. Kw., Pot.	—	—	Hurt. Skór.	-	—
Bk. Przemył.	—	—	Herzf.-Viktor.	48.00G	—
Bk.Zw.Sp.Zar.	83.00B	83.00B	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P.Bk. Ziemian	—	—	Dr.RomanMay	114.00G	112.00G
Bk. Stadthag.	—	—	MłynWągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Pap. Bydg.	—	—
Browar Krot.	—	—	Piechcin	—	—
Brzeski-Auto	—	—	Płótno	+	—
Cegielski H.	—	46.00G	P.Sp.Drzewna	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	102.00G
Centr. Skór	—	—	Unja	180.00G	180.00B
Cukr. Zduny	—	—	Wytw. Chem.	—	100.00G
Goplana	+	—	Wyr.Cer.Krot.	—	—
Gródek Elekt.	—	—	Zar	—	—
Hartwig C.	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—
H. Kantorow.	—	—	Sp. Stolarska	—	—

Tendenz: unverändert.

G. = Nachfrage. B. = Angebot. + = Geschäft. * = ohne Umsatz.

Warschauer Börse.

Fest verzinsliche Werte.

	4. 1.	3. 1.
5% Dollarprämien-Anleihe II. Serie (5 Doll.)	103.00	103.50
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł.)	67.00	67.00
6% Dollar-Anleihe 1919-20 (100 Doll.)	8 .50	—
10% Eisenbahn-Anleihe (100 G. Fr.)	102.50	102.50
5% Eisenb.-Konvert.-Anleihe (100 zł.)	60.00	60.00

Industrieaktien.

	4. 1.	3. 1.		4. 1.	3. 1.
Bank Polski	183.00	187.00	Nafta	—	—
Bank Dyskont.	-	134.50	Polska Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	120.00	Nobel-Stand.	25.00	—
Bk. Zachodni	—	—	Cegielski	—	—
Bk.Zw. Sp.Z.	—	—	Fitzner	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	34.50	—
Puls	—	—	Modrzejów	—	34.00
Spies	230.00	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Zgierz	-	—	Ostrowieckie	96.25	98.00
Elektr. Dąbr.	—	—	Parowozy	—	—
Elektryczność	—	—	Pocisk	—	—
P. Tow. Elekt.	—	—	Rohn	—	—
Starachowice	41.50	41.50	Rudzki	—	—
Brown Bovery	—	—	Stąporków	—	—
Kabel	—	—	Ursus	—	—
Siła i Św.2.Em.	108.00	107.00	Zieleniewski	—	—
Chodorow	—	—	Zawiercie	—	—
Czersk	—	—	Żyrardów	—	+
Częstocice	—	—	Borkowski	15.00	—
Goslawice	—	—	Br. Jabłkow.	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	240.00	240.00
W. T. F. Cukru	—	49.25	Herbata	—	—
Firley o. Coup.	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Drzewo	—	+	Mirków	—	—
Węgiel	—	102.00	Lombard	—	—

Tendenz: etwas fester.

Amtliche Devisenkurse.

	4. 1. Geld	4. 1. Brief	3. 1. Geld	3. 1. Brief
Amsterdam	357.25	359.05	—	—
Berlin*)	—	—	211.96	212.38
Brüssel	123.74	124.36	123.74	124.36
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.16	43.375	43.16	43.37
New York	8.88	8.92	8.88	8.92
Paris	34.78	34.96	34.78	34.96
Prag	—	—	26.36	26.48
Rom	46.58	46.82	46.58	46.82
Stockholm	239.05	239.25	—	—
Wien	125.24	125.86	125.29	125.91
Zürich	171.32	172.1	171.30	172.16

*) Ueber London errechnet.

Tendenz: unverändert.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 4. Jan., 13.30 Uhr. Die Spekulation setzte heute ihre Abgaben weiter fort. Die Abschwächungen der gestrigen Börse steigerten sich daher schon heute vormittag und zu Beginn der Börse. Es kamen heute verschiedene Momente zu dem bereits infolge des Berichts Parker Gilberts noch immer auf der Börse lastenden Druck hinzu, die ebenfalls geschäftshemmend und eher ungünstig waren. Vor allem verstimmte die Mitteilung, dass eine neue Inlandsanleihe Preussens (man sprach von hundert Millionen) in Vorbereitung sei, zumal auch noch bei der Reichsbahn, der Girozentrale und verschiedenen Kommunen die gleiche Absicht bestehen soll. Die Börse glaubte für die Entwicklung des Geldmarktes diese Anleihe als nicht ganz oppurtun bezeichnen zu müssen, da man gegen den 10. d. Mts. sowieso mit einer Versteifung infolge der fälligen Steuer- und Zinszahlungen rechnen muss. Der Reichsbankausweis für die letzte Dezemberwoche zeigte naturgemäss eine stärkere Anspannung, er war aber für einen letzten Jahresausweis nicht als schlecht anzusprechen. Die Wechsel-, Schecks- und Lombardbestände haben um 883 Milli., die Noten um 464 Mill. zugenommen, der Zuwachs der fremden Gelder um 319 Mill. war als Zeichen für die vorzeitige Vorbereitung, vielleicht Ueberdispostion zum Jahresultimo anzusprechen. Die Deckung hat sich um ca. 6 Prozent verschlechtert trotz Zunahme der Gold- und Devisenbestände um ca. 3 Mill. Etwas beunruhigend wirkte die schwächere New Yorker Börse auf Diskonterhöhungsbefürchtungen. Auch der Bericht der preussischen Industrie- und Handelskammern wirkte durch seine Betrachtung der weiter rückgängigen Wirtschaftslage ungünstig. Die ersten Kurse waren nicht ganz einheitlich, doch überwiegend 1—3 Prozent schwächer. Montanwerte wurden durch den Beschluss, die Eisenpreise nicht zu verändern, kaum berührt. Im Anschluss an Frankfurt lagen Adlerwerke, die bei Minus Minusnotiz 7½ Prozent verloren, schwach, da man im Zusammenhang mit der Aufsichstratssitzung von einer Sanierung sprach. Auch Daimler, Bayerische Motorenwerke, Ostwerke, Polyphon, Tietz, fast alle Elektrowerte und Glanzstoff verloren bis zu 5 und 7 Prozent. Deutsche Anleihen lagen schwächer, Ausländer uneinheitlich. Der Pfandbriefmarkt war ebenfalls schwankend. Am Geldmarkt war Tagesgeld mit 5—7 Prozent und darunter angeboten, Monatsgeld 7½—9 Prozent, Warenwechsel 6¾ Prozent. Devisen waren auf die bereits erwähnten Geldmarktbefürchtungen und den Reaktionen auf die gestrigen Steigerungen angeboten, der Dollar lag besonders schwach. Nach einer vorübergehenden Befestigung um 1—2 Prozent wurde es später wieder allgemein schwächer, nur Bemberg lagen 6 Prozent höher.

Terminpapiere.

(Anfangskurse.)

	4. 1.	3. 1.		4. 1.	3. 1.
Dt. R.-Bahn	91.12	90.87	Goldschmidt	95.37	97.00
A.G.f.Verkehr	175.00	177.87	Hbg. Elk.-Wk.	154.50	159.00
Hamb. Amer.	137.50	140.25	Harpen. Bgw.	135.50	139.25
Hb. Südam.	134.37	—	Hoesch	122.50	125.00
Hansa	186.50	—	Holzmann	139.50	—
Nordd. Lloyd	231.00	—	Ilse Bgbau.	232.00	235.00
A.Dt.Kr.Anst.	141.50	142.12	Kali. Asch.	290.75	298.00
Barmer Bank	143.00	148.75	Klöcknerw.	103.75	—
Berl.Hls.-Ges.	247.75	251.75	Köln-Neuess.	121.37	125.00
Com.u.Pr.-Bk.	197.75	201.50	Löwe, Ludw.	244.50	248.50
Darmst. Bank	291.50	293.50	Mannesmann	128.00	132.50
Deutsch.Bank	173.00	175.25	Mansf. Bergb.	115.87	119.50
Disc.-Ges.	166.75	168.75	Metallwaren	—	146.75
Dresdner Bk.	173.00	174.75	Nat. Auto-Fb.	55.00	56.50
Mtdtsch.K.Bk.	215.50	216.50	Oschl. Eis. Bd.	111.25	—
Schulth. Patz.	324.50	328.00	Oschl. Koksw.	114.75	117.00
A. E. G.	—	195.62	Orenst. u. Kop.	100.00	100.12
Bergmann	—	235.50	Ostwerke	280.25	—
Berl. Msch.-F.	133.00	—	Phönix Bgbau	88.62	91.00
Buderus	82.25	—	Rh.Braunkoh.	287.25	295.75
Cop. Hisp. Am.	—	498.50	Rh. Elek.-W.	179.00	183.00
Charl. Wasser	133.00	133.37	Rh. Stahlwk.	137.00	142.00
Conti Caoutch.	139.50	143.37	Riebeck	—	157.00
Daimler-Benz	70.50	76.25	Rütgerswerke	104.75	106.00
Dessauer Gas	224.50	228.00	Salzdetfurth	529.00	540.50
Dt. Erdöl-Ges.	135.87	137.87	Schl. Elek.-W.	230.00	238.75
Dt. Maschinen	45.75	46.12	Schuckt. & Co.	252.00	258.50
Dynam. Nobel	124.50	—	Siem.&Halske	419.50	430.50
El. Lief.-Ges.	180.00	185.50	Tietz, Leonh.	290.00	296.75
El. Licht u.Kr.	247.50	253.25	Transradio	158.50	161.50
Essen. Steink.	—	—	Ver.Glanzstoff	530.00	539.00
I. G. Farben	265.00	271.00	Ver. Stahlw.	92.25	93.50
Felten u.Guill.	147.25	151.00	Westeregeln	292.50	299.25
Gelsenk. Bgw.	123.00	127.25	Zellst. Waldh.	284.00	289.00
Ges. f. el. Unt.	263.25	269.50	Otavi	68.75	69.37

	4. 1.	3. 1.
Ablös.-Schuld 1-60 000	53.50	53.30
„ „ 60-90 000	53.50	53.30
Ablös.-Schuld ohne Auslosungsrecht	14.75	15.20

Industrieaktien.

	4. 1.	3. 1.		4. 1.	3. 1.
Accumulator.	158.00	158.00	Laurahütte	70.50	—
Adlerwerke	72.50	83.50	Lorenz	153.00	154.50
Aschaffenbrg.	—	—	Motor. Deutz	70.00	—
Bemberg	—	454.00	Nordd. Wollk.	188.12	191.75
Berger, Tiefb.	409.00	416.50	Pöge, Eltr.-W.	65.75	—
Dt. Kabelwk.	—	—	Riedel	—	—
Dt Wollw.	—	49.75	Sachsenwerke	130.00	130.75
Dt. Eisenhd.	83.00	85.00	Sarotti	206.25	206.00
Feldmühle	239.00	245.00	Schl.Bgb. u. Zk	—	—
Hohenlohe	—	75.00	Schl. Textil	—	40.00
Humboldt	—	—	Schub. & Salz.	342.75	349.00
Körting, Gebr.	—	75.00	Stollb. Zink.	—	171.00
Lahmeyer	180.50	186.50			

Tendenz: unsicher und schwächer.

Amtliche Devisenkurse.

	3. 1. Geld	3. 1. Brief	2. 1. Geld	2. 1. Brief
Buenos Aires	1.768	1.772	1.763	1.767
Canada	4.187	4.195	4.186	4.194
Japan	1.929	1.933	1.929	1.933
Konstantinopel	—	—	2.068	2.072
London	20.372	20.412	20.367	20.407
New York	4.2060	4.2080	4.1985	4.2065
Rio de Janeiro	0.499	0.501	0.499	0.501
Uruguay	4.286	4.294	4.276	4.284
Amsterdam	168.61	168.95	168.63	168.97
Athen	—	—	5.425	5.435
Brüssel	58.39	58.51	58.385	58.505
Danzig	81.46	81.72	81.42	81.58
Helsingfors	10.555	10.575	10.551	10.571
Italien	21.98	22.202	21.965	22.005
Jugoslawien	7.362	7.396	7.38	7.396
Kopenhagen	112.06	112.28	112.04	112.26
Lissabon	18.70	18.74	18.58	18.62
Oslo	111.95	112.17	111.96	112.18
Paris	16.405	16.445	16.415	16.455
Prag	12.435	12.455	12.435	12.455
Schweiz	80.87	81.03	80.865	81.025
Sofia	3.029	3.035	3.029	3.035
Spanien	68.51	68.65	68.49	68.63
Stockholm	112.33	112.55	112.32	112.54
Budapest	—	—	73.18	73.32
Wien	59.12	59.27	59.14	59.26
Kairo	—	—	20.885	20.925
Reykjawik (100 Kronen)	92.09	92.27	92.09	92.27

Der Złoty am 3. Januar 1929. Zürich 58.175, London 43.30, New York 11.25, Riga 58.75, Budapest (Noten) 64.10—64.40, Prag 377.80, Mailand 214.50.

Notenkurse. Im privaten Bankverkehr zahlte man am 4. Januar für 1 Dollar 8.87—8.88 zł, 1 engl. Pfund 43.11 zł, 100 schweizer Franken 171.18 zł, 100 französische Franken 34.76 zł, 100 deutsche Reichsmark 211.30 zł, 100 Danziger Gulden 172.42 zł.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Frankreichs Freude.

Eine englische Stimme.

Der einstimmigen Meinungsäußerung der Pariser Presse, daß der Bericht Parker Gilberts die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit nunmehr definitiv bejaht habe, schließt sich natürlich auch der „Temps“ an. Das Blatt schreibt: „Wenn Deutschland, wie das jetzt erwiesen ist, die vollen Dawes-Annuitäten zahlen kann, so gibt es keinen Grund, von ihm die loyale Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht zu fordern. Jedenfalls muß die französische These („Kriegsschulden plus Indemnitée nette“) mit der allergrößten Energie aufrechterhalten werden. Die Feststellungen und Schlüsse Parker Gilberts müssen in der Tat jeden Unparteiischen davon überzeugen, daß der Dawes-Plan der deutschen Zahlungsfähigkeit in generöser Weise Rechnung trägt, daß man auf die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht mehr zurückzukommen braucht und daß Deutschland, solange der Dawes-Plan gilt, keine Entschuldigung für sich in Anspruch nehmen kann, wenn es wissentlich den Erfordernissen dieses Plans nicht nachkommt.“

*

London, 3. Januar.

Der Bericht des Reparationsagenten Parker Gilbert ist gestern erst beim Foreign Officie und beim Schatzamt eingegangen. Offizielle Kommentare sind noch nicht erhältlich.

Der liberale „Star“ schreibt: „Es muß bezweifelt werden, daß der Bericht des Reparationsagenten Parker Gilbert zu einem gelegenen Zeitpunkt kommt. Gilbert selbst betont die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage.

Aber sein Bericht kann nur die Wirkung haben, die französische Hartnäckigkeit bei den bevorstehenden heiklen Verhandlungen zu versteifen.

Den Konferenzdelegierten ist zwar das Recht zugestanden worden, unabhängig von ihren Regierungen eine Lösung zu finden, aber dieses Recht schließt nicht die Macht ein, ihre Regierungen auf diese Lösungen festzulegen.

Den Regierungen steht es nach wie vor frei, ihre eigenen Reservationen und Modifikationen zu machen, und man kann sich leicht vorstellen, welche Haltung Frankreich angesichts dieses neuen „Beweises, daß Deutschland alles kann“ einnehmen wird.“

Aus der Republik Polen.

Die „Friedfertigkeit“ des Kurjer Poznański.

Posen, 4. Januar. Der „Kurjer Poznański“ kommentiert den Artikel des Abg. Diamand, indem er sagt: „Der Artikel des Herrn Diamand könnte mit Erfolg in der deutschen Presse erscheinen. Es ist unerhört, in den Spalten der polnischen Presse die Friedfertigkeit der polnischen Politik gegenüber Deutschland in Zweifel (!) zu ziehen. Wir haben zuviel der Beweise dieser Friedfertigkeit gegeben. Die Sorge darum, die Deutschen mit der Rheinlandsfrage nicht zu reizen, ist rührend. Wir sollen aber die systematische Propaganda der Deutschen für eine Revision der polnischen Grenzen übersehen und sollen auch nicht auf den Faustschlag des Herrn Stresemann reagieren. Es wäre gut, wenn die polnischen Sozialdemokraten von den deutschen Sozialdemokraten das Sich-Kümmern um das Staatsinteresse lernten. Gegenwärtig wird die deutsche Politik vom sozialistischen Kanzler Müller geführt, und die Kühnheit des deutschen Imperialismus ist niemals so groß gewesen, wie gerade jetzt. Wie der Sozialdemokrat Müller und der Sozialdemokrat Diamand die Interessen ihrer Staaten auffassen, daraus ist zu ersehen, wer die zweite Internationale anführt, und wem diese sozialistische Organisation dient. Um gerecht zu sein, muß noch erwähnt werden, daß die Sozialdemokraten vom Zeichen der P.P.S. und des Ministers Moraczewski im „Przedświt“ sich ebenfalls für die Räumung des Rheinlandes erklärt haben.“

Die Berufungsverhandlung im Mariawitenprozeß.

Warschau, 4. Januar. Nach einer Meldung der „Agencja Wschodnia“ hat der Verteidiger des Mariawitenbischofs Kowalski, Rechtsanwalt Smiarowski, den Antrag gestellt, daß der Berufungstermin bis zum 1. Februar verlängert werde. Dieser Antrag wird durch die Fülle des Prozeßmaterials begründet. Da nun das Bezirksgericht den Antrag nicht berücksichtigt hat, sind entsprechende Schritte beim Appellationsgericht unternommen worden.

Schmuggel.

Warschau, 4. Januar. (R.) In Polen ist man einem umfangreichen Schmuggel mit Arzneimitteln und Rauschgiften auf die Spur gekommen. Die Schmuggelware wurde von polnischen Händlern über die polnische Grenze in Ostoberschlesien gebracht. Durch den Schmuggel, der fast zwei Jahre ungehindert durchgeführt werden konnte, soll nach einer Meldung aus Warschau der polnische Staat um etwa 14 Millionen Mark geschädigt worden sein. Bisher wurden mehrere polnische Händler verhaftet. Es wird angenommen, daß die Schmuggler auch Mitschuldige unter polnischen Beamten und Staatsangestellten gehabt haben.

Beendigung des schlesischen Straßenbahnerstreiks.

Kattowitz, 4. Januar. (Pat.) Gestern fand eine Straßenbahnerstreikkonferenz statt, auf der die Vertreter der Straßenbahndirektion erklärten, daß die Direktion bereit sei, nachträgliche Zugeständnisse in der Lohnfrage zu machen, wenn der Streik abberufen würde. Außerdem sollten für die Streikaktion keinerlei Repressalien angewandt werden. Darauf wurde von den Vertretern der Arbeitnehmer erklärt, daß der Streik abberufen werde, mit dem Vorbehalt einer vorherigen Verständigung mit der Gesamtheit der Angestellten. Am Montag nächster Woche findet eine Konferenz über die Unterzeichnung eines neuen Vertrages statt.

Der Keil.

Posen, 4. Januar. Hatte schon die **„Epoka“** für einen objektiven Beobachter in ihrem Kommentar zum Rücktritt des Justizministers Meyształowicz als Stimme eines Regierungsblattes starkes Befremden hervorgerufen, so überschritten die Vorwürfe des „Glos Prawdy“ so sehr die Grenzen, daß man von einer Beschlagnahme keinen Abstand nehmen konnte. Der „Kurjer Poznański“ benutzt diese Gelegenheit, um einen Keil zwischen die Konservativen und das Saniertenlager zu treiben, was eigentlich verlorene Mühe sein dürfte, da der Keil schon längst vorhanden ist und schwer zu entfernen sein wird.

Nachtragskredite.

Warschau, 4. Januar. Der Ministerrat hat beschlossen, Nachtragskredite für die ärztliche Behandlung von Staatsbeamten in Höhe von 1 200 000 Zloty, für die Bekämpfung des Alkoholismus 350 000 Zloty und für den Bau eines Pavillons im Spital für Geisteskranke in Kobierzyn bei Krakau zu gewähren.

Starke Grippe in Lodz.

Lodz, 4. Januar. In Lodz ist eine starke Grippe ausgebrochen. Es sollen täglich 400 Erkrankungen vorkommen. In der Stadt herrscht eine Panik; in den Apotheken fehlt es an Arzneien.

Niederlage der Sanierten.

Petrikau, 4. Januar. Bei den Stadtvertretungswahlen erlangte die P.P.S. 15 Mandate, der Nat. Wahlblock 6, der Regierungsblock 4, die jüdischen Listen 8 Mandate, davon der Bund 4. Die kommunistischen Listen 7 und 8 wurden für ungültig erklärt. Die Wahlbeteiligung betrug 74 Prozent. Das Wahlergebnis bedeutet eine Zunahme des Einflusses der P.P.S., die ihre Stimmenzahl von 50 auf 60 Prozent der polnischen Stimmen bringen konnte, ferner einen kleinen Zuwachs des „nationalen“ Lagers, dagegen eine Abnahme des Anhangs der Sanierungsgruppen, die bei Stadtvertretungswahlen schon des öfteren verzeichnet worden ist.

Die letzten Telegramme.

Ein Automobil in den Fluß gestürzt.

Lüttich, 4. Januar. (R.) Auf der Straße nach Comblaine durchbrach ein mit einer größeren Anzahl Arbeiter besetztes Automobil an der Ourthe das Brückengeländer und stürzte in den Fluß. Die Zahl der Opfer soll 18 betragen.

Otto Gruson gestorben.

Berlin, 4. Januar. (R.) Gestern starb in Magdeburg der Großindustrielle Otto Gruson im Alter von 65 Jahren.

110 Todesopfer der Lyoner Typhusepidemie.

Paris, 4. Januar. (R.) Der Typhusepidemie von Lyon, die nunmehr erloschen ist, sind nach einer Meldung des „Petit Parisien“ im ganzen 110 Personen zum Opfer gefallen.

Hauß Kandidat für die Kolmarer Ersatzwahlen.

Paris, 4. Januar. (R.) Nach einer Meldung des „Matin“ aus Mülhausen ist in Kolmar für die am 13. Januar stattfindenden Kammerersatzwahlen Buchdruckereibesitzer Hauß, der ebenso wie der Autonomist Stürmel im Kolmarer Prozeß freigesprochen worden ist, von den Autonomisten aufgestellt worden.

Die Beilegung des bolivianischen und paraguaynischen Streites.

Washington, 4. Januar. (R.) Die bolivianischen und paraguayanischen Delegierten haben das Versöhnungsprotokoll unterzeichnet.

Schiffbruch eines französischen Dampfers.

Mahon, 4. Januar. (R.) Der französische Dampfer „Malakoff“ ist gestrandet. Nur einige Personen der Besatzung konnten sich retten, die übrigen werden vermißt. Man sieht das Schiff als verloren an. Die Zahl der Vermißten ist noch nicht bekannt.

Reichstagsabgeordneter Löbe in Riga.

Riga, 4. Januar. (R.) Reichstagspräsident Loebe traf gestern zu dreitägigem Besuch hier ein.

Das Befinden des Königs von England.

London, 4. Januar. (R.) Der um 8 Uhr abends ausgegebene Krankheitsbericht besagt, daß der König einen ziemlich befriedigten Tag gehabt hat und keine Aenderung in seinem Zustand eingetreten sei.

Die polnische Presse entstellt . . .

Dem **„Oberschles Kurier“** wird aus Rosenberg gemeldet:

Nach Meldungen der „Polonia“ und der „Polska Zachodnia“ soll am Silvesterabend ein Dynamitanschlag auf die Neugründung einer Zweigstelle der Bank Ludowy in Rosenberg verübt worden sein.

Wie wir zu dieser sensationellen Meldung erfahren, handelt es sich um einen harmlosen Vorfall, der sich in der Nacht zum 25. Dezember ereignet hat. Die Bank Ludowy errichtete in Rosenberg auf der Bahnhofstraße in einem Laden eine neue Filiale, die noch nicht eröffnet worden ist. In dem Hofe des Gebäudes, in dem sich der Laden befindet, ist von unbekannter Hand ein kleines dünnes Gasrohr mit Pulversprengstoff und Eisenstücken in kleinen Mengen, wie man sie zu dem üblichen Weihnachtsschießen verwendet, gelegt worden. Diese Ladung, die durchaus ungefährlich war, ist gegen 23 Uhr abends explodiert. Dabei wurden zwei Fensterscheiben zerschlagen. Der Sachschaden wird auf nur wenige Pfennige geschätzt. Man vermutet, daß es sich bei dem ganzen Anschlag um einen Scherz handelt, den Jugendliche ausgeführt haben.

Es überschreitet die Grenzen normaler Böswilligkeit, wenn die „Polska Zachodnia“ und die „Polonia“ mit dem durchsichtigen Zweck der Aufreizung zur Vergeltung sich in unglaublicher Entstellung der Tatsachen in Fettdruck berichten, daß das gesamte Banklokal mitsamt der Einrichtung vernichtet worden ist. Es scheint, daß man die Taten der Aufständischen mit solchen Manövern vertuschen will. Es bleibt abzuwarten, ob die Redaktionen der „Zachodnia“ und der „Polonia“ so viel journalistischen Anstand aufbringen werden, um wenigstens in einer nachträglichen Berichtigung der Wahrheit die Ehre zu geben.

Neue Gesetzesvorlage in Rumänien

Dringende Arbeit.

Unter den dringenden Gesetzesvorlagen, die das neue Parlament noch vor dem Jahresschluß votiert hat, befindet sich die Ratifizierung des Abkommens mit Deutschland, die, wie bereits kurz gemeldet, sowohl in der Kammer wie im Senat mit fast vollständiger Einstimmigkeit vollzogen wurde. Sowohl in der Diskussion zur Thronrede als auch in der zum Budget hat die liberale Partei sich als viel mäßigere Opposition gezeigt, als allgemein erwartet wurde. Man hat den Eindruck, als ob sie zum mindesten offiziell die Durchführung des von ihr begonnenen Werkes der Auslandsanleihe und der Stabilisierung durch die neue Regierung nicht stören will.

In täglich drei Sitzungen ist das Budget für das Jahr 1929 von der neuen Regierung durch das Parlament gepeitscht und noch rechtzeitig votiert worden. Es sieht bei einer Gesamthöhe von 38 Millionen Lei sowohl die Deckung des Defizites vom Jahre 1928 als auch einen Ausgleich für das neue Jahr vor. Die Ersparnisse, die gegen früher gemacht wurden, sind gering, doch ist in der kurzen Vorbereitungszeit eine Umstellung nach den wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten der Nationalzaranisten nicht möglich gewesen. Es mußten im Gegenteil die Stempelgebühren erhöht und eine neue Automobilsteuer eingeführt werden, um den Ausgleich zu erlangen.

Zu den nächsten gesetzgeberischen Arbeiten des neuen Parlaments gehört die Abänderung des Bergwerksgesetzes, die sich auf folgende Punkte bezieht: 1. volle Herstellung der Gleichberechtigung zwischen ausländischem und inländischem Kapital, 2. freier Verkehr für die Aktien, 3. Beseitigung verschiedener Bestimmungen, die den Charakter einer Kontrolle haben, 4. genauere Festlegung der ministeriellen Verantwortung in allen Fragen des Bergwerk- und Hüttenwesens.

Landraub in Südtirol.

Uns wird geschrieben:

„Das faszistische Gewaltregiment hat im deutschen Südtirol zu einem neuen Schlage ausgeholt. Zweitausend deutschen Bauern soll der Grund und Boden weggenommen werden, auf welchem sie zum großen Teil schon seit vielen Generationen seßhaft sind. Daß dieser Landraub im Etschtal, zwischen Bozen und Meran, also im fruchtbarsten Teile des Landes vorgenommen wird, verschärft die Grausamkeit dieses Schrittes. Die Wegnahme geschieht unter dem Vorwande von Meliorationsarbeiten, ausgerechnet dort, wo die Urbarmachung unerschlossenen Bodens gar nicht in Frage kommt, sondern wo seit Jahrhunderten schon eine hohe Bodenkultur seßhaft ist. Der geraubte Boden soll Mitgliedern der faszistischen Organisation zugeteilt werden. Die bestohlenen Landbesitzer werden nicht einmal zur Hälfte des wirklichen Preises entschädigt. Hinzu kommt, daß noch weiterer Grund und Boden enteignet werden kann, wenn das vorgesehene Land zur Sicherung einer wirtschaftlichen Existenz der Siedler nicht ausreicht. Die betroffenen Bauern hatten ihrerseits ein Siedlungsprojekt ausgearbeitet, das den angeblichen Zweck der Bodenverbesserung wirklich erreicht hätte, ohne allerdings deutsches Land in die für diese Bodenbewirtschaftung außerdem auch praktisch ungeeigneten italienischen Hände hinüberzuspielen. Das ganze deutsche Volk, wo es auch wohnt, empfindet diesen verbrecherischen Landraub als einen Schnitt ins eigene Fleisch. Was werden die übrigen Kulturvölker zu diesem Verbrechen sagen. Was wird der zum Schutz der Minderheitenrechte berufene Völkerbund tun?“

*

Nichts!

Sie werden ebensowenig dazu sagen wie zu den Liquidationen und den annullierten Ansiedlern, wie zu dem Agrarreformgesetz und allen den Maßnahmen, die zur Entdeutschung des Landes beitragen. Die Welt schweigt, wenn man Deutsche enteignet!

Die Flotte Amerikas.

Washington, 4. Januar. (R.) Ueber die amerikanische Flottenvorlage äußerte sich gestern im Senat der Vereinigten Staaten der Vorsitzende des Marineausschusses. Der Redner wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten infolge des Washingtoner Seeabrüstungsabkommens vom Jahre 1921 den Bau zahlreicher Kriegsschiffe abgebrochen hätten, für den bereits rund 600 Millionen Mark ausgegeben worden waren. Der Redner betonte weiter, daß die Vereinigten Staaten große Kreuzer mit hohem Brennstoffgehalt brauchten, da sie nur wenige auswärtige Stützpunkte hätten. England dagegen beherrsche durch seine Flottenstationen den ganzen afrikanischen Handelsweg, ferner den Indischen Ozean und die Wasserstraßen nach der Südsee, Australien und Ostasien. Es habe sogar Seestützpunkte in Südamerika und in Nordamerika. Die Vereinigten Staaten brauchten unter diesen Umständen große Kreuzer, um im Frieden und im Kriege seinen Handel schützen zu können. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die Wahrung der Rechte neutraler Staaten in Kriegszeiten von der Stärke des neutralen Landes abhänge.

Deutsches Reich.

Vor der Wiederaufnahme der Arbeit auf den Werften.

Berlin, 4. Januar. (R.) Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Hamburg: Die Werftunternehmer haben in der Annahme, daß der Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden würde, bereits vor den Feiertagen alle Vorbereitungen getroffen, um die Arbeit wieder aufnehmen zu können.

Schwere Rohrexplosion.

Greven (Westfalen), 4. Januar. (R.) Gestern ereignete sich in der Weberei Herrmann Biederlack u. Co. eine schwere Rohrexplosion, die so großen Schaden anrichtete, daß die Firma gezwungen ist, ihren ganzen Betrieb stillzulegen. Von der Stillegung werden etwa 200 Arbeiter betroffen.

Noch keine Kriegsgerichtsverhandlungen gegen die Mainzer und Koblenzer Verhafteten.

Frankfurt a. M., 4. Januar. (R.) In deutschen Kreisen ist über die aus französischer Quelle stammende Nachricht, wonach die Verhandlungen des französischen Kriegsgerichts gegen die in Mainz und Koblenz verhafteten Deutschen für Freitag in Mainz anberaumt sei, nichts bekannt.

Vom Sohn im Streit erschlagen.

Helmstedt, 4. Januar. (R.) Eine schwere Bluttat ereignete sich in der Ortschaft Rhode in Hasenwinkel (Bezirk Fallersleben). Dort geriet der 60 Jahre alte Bäckermeister Lüpsch mit seinem Sohn in Streit. Wie der Sohn aussagt, hatte ihn sein Vater mit einem Hammer angegriffen. In der Notwehr hatte er einen Schuß auf seinen Vater abgegeben und ihn verletzt. Es entspann sich dann noch ein Kampf um den Hammer. Dabei versetzte der Sohn dem Vater mit dem Hammer drei Schläge über den Kopf. Der Bäckermeister wurde nach Helmstedt ins Krankenhaus gebracht und ist dort bald darauf gestorben.

Benzinexplosion.

Saarbrücken, 4. Januar. (R.) Die „Saarbrücker Zeitung“ meldet aus Hüttigweiler: Im Hause der Witwe Woll entzündeten sich beim Umfüllen von Benzin die sich entwickelnden Dämpfe an der Gaslampe. Es ereignete sich eine schwere Explosion, durch die Frau Woll, eine Tochter, der Schwiegersohn und dessen Kind schwere Verletzungen erlitten.

Aus anderen Ländern.

Mord.

Prag, 4. Januar. (R.) Der Rechnungsrevisor des Landesausschusses, Cerny, wurde gestern im Schlaf von seiner Frau durch Beilhiebe ermordet. Die Frau vergiftete sich darauf mit Leuchtgas. Der Grund zur Tat ist in der Weigerung des Mannes zu suchen, sich scheiden zu lassen.

Verhaftung von Kursmaklern in Südafrika.

Johannesburg, 3. Januar. (R.) Zwei Kursmakler und ein Bankangestellter wurden unter der Beschuldigung verhaftet, die Südafrikanische Reservebank um 85 000 Pfund Sterling betrogen zu haben.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Johannes Senftleben für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr. Für die Teile: Aus Stadt u. Land, Gerichtssaal u. Briefkasten: Rudolf Herbrechtsmeyer Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Johannes Senftleben. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Margarete Wagner, Kosmos Sp. z o. o. Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Gestern abend 11 Uhr verschied sanft mein innigst geliebter Vater der Kaufmann

Samuel Silberstein

im 77. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen

Martin Silberstein.

Poznań, den 4. Januar 1929.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 6. Januar, um 3 Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes aus statt. (Kranzspenden dankend verbeten).

Für die so zahlreich eingesandten Telegramme und Glückwünsche zu unserer Vermählung sagen wir allen

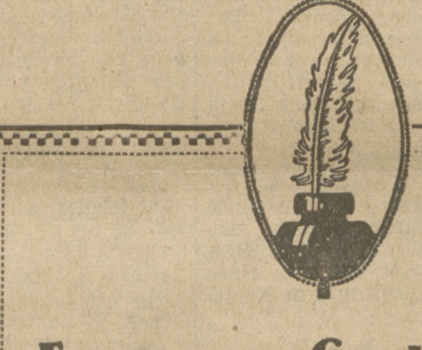
unseren herzlichsten Dank.

Georg Zippel und Frau
Hildegard, geb. Mücke.

Neu-Bentschen—Zbąszyń, den 3. Januar 1929.









Die Beleidigung gegen Herrn **Hermann Schulze** aus **Sędziwojewo** nehme ich hiermit reuevoll zurück.
Ida Zellmer,
Sędziwojewo.

Ober-schweizer

mit langjährigen Zeugn. u. nur guten Empfehlungen für einen Stall v. 60 Kühen z. 1. 4. 29 gesucht. **Dom. Białokosz p. Nojewo**

Landwirtssohn

größ. Wirtschaft als Assist. in Stellung gewesen, sucht **Stellung** per sofort oder später als solcher oder Hofbeamter. Off. an Ann.-Exp. Kosmos Sp. z o.o., Poznań, Zwierzyn. 6, u. **R. R. 100.**

Kutscher

der auch Chauffeur sein muß, zum 1. 4. 29 gesucht. Off. a. Ann.-Exp. Kosmos Sp. z o. o. Poznań, Zwierzyniecka 6 unter **119.**

Malergehilfe

21 J. alt, sucht Stellung für sofort oder später.
H. Knispel, Boguniewo p. Rogożno, pow. Oborniki.

Ordentliches Mädchen

sofort gesucht.
Frau Thiel, św. Wojciech 31

Oberschweizer,

sucht Stellung zu 60—80 Stck. Milchkühe m. eigenen Gehilfen. Besitze Kenntnisse in Krankheiten u. Geburtsfällen. Langjähr. Zeugnisse sind vorh. Oberschweizer **K. Krzyżański, Maj. Czersk-Polski p. Bydgoszcz.**

Stellengesuche

Wirtschafts-assistent

21 Jahre alt, mit erstem Semester, 2 Jahre Praxis, der deutschen u. polnisch. Sprache mächtig, sucht per bald oder später Stellung. Ang. an Ann.-Exp. Kosmos Sp. z o. o. Poz., Zwierzyn 6, u. **114.**

Aeltere, gebildete

Krankenschwester,

gepr., in Säuglingspflege s. erfahren, sucht Posten. Off. an Ann.-Exp. Kosmos Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. unter **117.**

Landwirtstochter,

23 J. alt, mit guten Zeugnissen, sucht Stellung in bess. Haushalt. Angeb. a. Ann.-Exp. Kosmos Sp. z o. o. Poznań, Zwierzyniecka 6, unter **120.**

Suche für meine Schwester, mosaisch, 17 Jahre alt, per bald oder 1. 2. 1929

Stellung

z. Erlernung des Geschäfts, selbe würde auch im Haushalt gern helfen. Bei Familienanschluß und voller Pension. Off. an Ann.-Exp. Kosmos Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6, u. **E, 116.**